

Helmut Thome

Beiträge zur soziologischen Werte- und Gewaltforschung



Nomos

Helmut Thome

Beiträge zur soziologischen Werte- und Gewaltforschung



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8960-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-3234-5 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitender Überblick zu den einzelnen Beiträgen	7
1. Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung	28
2. Rechtsextremismus als eine Form des regressiven Kollektivismus	69
3. Das Gewissen – (k)ein Thema für die Soziologie?	89
4. Ausdrucksformen des Gewissens im Alltag. Einige empirische Beispiele	124
5. Wandel zu postmaterialistischen Werten? Theoretische und empirische Einwände gegen Ingleharts Theorie-Versuch	155
6. Soziologische Wertforschung: Ein von Niklas Luhmann inspirierter Vorschlag für die engere Verknüpfung von Theorie und Empirie	201
7. Wandel gesellschaftlicher Wertvorstellungen aus der Sicht der empirischen Sozialforschung	249
8. Werte und Wertebildung aus soziologischer Sicht	289
9. Hilft uns die Kriminalgeschichte, Kriminalität in Gegenwartsgesellschaften zu verstehen?	322
10. Kriminalität im Deutschen Kaiserreich, 1883-1902. Eine sozialökologische Analyse	352
11. Ost und West, Nord und Süd: Zur räumlichen Verteilung und theoretischen Erklärung der Gewaltkriminalität in Deutschland	392
12. Zur Normalität von Anomie in funktional differenzierten Gesellschaften	430
Sachregister	469

Einleitender Überblick zu den einzelnen Beiträgen

Über unterschiedliche Wertorientierungen und vielfältige Formen der Gewaltanwendung wird öffentlich und wissenschaftlich fortlaufend diskutiert. Was unter Werten zu verstehen ist, warum es zu Gewaltakten kommt und welche Entwicklungstendenzen hierbei über Zeit und in unterschiedlichen Regionen und sozialen Gruppen zu beobachten sind, ist strittig. Die hier präsentierten Beiträge stellen sich diesen Fragen. Dabei werden unterschiedliche Erklärungsansätze vorgestellt, aber auch methodologische Probleme erörtert, die bei der Antwortsuche zu berücksichtigen sind, aber oft vernachlässigt werden. Die in diesem Band zusammengestellten Artikel sind (mit Ausnahme des Artikels 4) über einen längeren Zeitraum in verschiedenen Fachzeitschriften und Sammelbänden erstmals veröffentlicht worden, liefern aber m. E. auch für gegenwärtige Diskussionen weiterhin relevante Beiträge zu den in ihnen angesprochenen Themenbereichen. Im Folgenden werden die einzelnen Beiträge zunächst einmal zusammenfassend vorgestellt, um Leserinnen und Lesern einen ersten Überblick zu den angesprochenen Themen und Fragestellungen anzubieten. Dabei übernehme ich gelegentlich Formulierungen und Textauschnitte, die in den jeweiligen Artikeln enthalten sind, die aber nur dann als Zitate gekennzeichnet sind, wenn sie von anderen Autoren oder Autorinnen übernommen wurden. Einige Druckfehler und Formatierungen sind korrigiert, substantielle inhaltliche Ergänzungen oder Änderungen aber nicht vorgenommen worden. Die zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung angewandten orthografischen Regeln sind in den jeweiligen Artikeln weitgehend beibehalten, Anpassungen an die heute gültigen Regeln nur gelegentlich vorgenommen worden. Auch gendergerechte Sprachregelungen sind (in unterschiedlichen Formen) erst in den neueren Artikeln angewandt worden.

Die ersten vier Artikel sind eher allgemein-soziologisch angelegt. Sie beschäftigen sich mit „Solidarität“, „Rechtsextremismus“ und „Gewissen“, also nicht explizit und spezifisch mit Wertorientierungen und Gewaltphänomenen, stehen mit diesen aber in leicht erkennbaren Zusammenhängen. So z. B. sind exklusiv-partikularistische versus inklusiv-universalistische Solidarformen mit unterschiedlichen Wertorientierungen bezüglich sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit verbunden; rechtsextremistische Haltungen sind mehr oder weniger stark mit gewaltaffinen Neigungen assoziiert;

moralische Wert- und Normorientierungen prägen das persönliche Gewissen. Andererseits werden auch diese spezifischen Themenkomplexe, die in den nachfolgenden Beiträgen behandelt werden, aus einer allgemein-soziologischen Perspektive betrachtet, insbesondere unter Bezugnahme auf die Arbeiten von Emil Durkheim und Niklas Luhmann.

Der erste Artikel

präsentiert theoretische Perspektiven und Forschungsansätze, mit denen das Thema „Solidarität“ angegangen werden kann. Einem kontrollierten Eklektizismus folgend, schlage ich vor, empirische Forschungen zu dieser Thematik durch Fragen und Hypothesen anzuleiten, die verschiedenen theoretischen Ansätzen zu entnehmen sind, und auf dieser Basis den Solidaritätsbegriff lediglich in seinem verbindenden Kerngehalt (als helfendes-unterstützendes-kooperatives Verhalten) definitiv festzulegen. Sein darüber hinaus gehender Bedeutungsgehalt lässt sich mit Hilfe analytischer Dimensionen aufspannen, die ihn hypothetisch mit zwei allgemeinen Bezugsproblemen, der Integration sozialer Systeme und der Konstitution personaler und kollektiver Identitäten, verbinden. Hierzu werden verschiedene theoretische Ansätze referiert, die sich auf unterschiedliche Fragestellungen konzentrieren. Dabei sind aber nicht nur analytische Divergenzen zu registrieren, sondern gelegentlich auch überraschende Kongruenzen, bspw. in den Konzeptualisierungen von Rainer C. Baum, der an Parsons' Systemtheorie anknüpft, und von Axel Honneth, also einem prominenten Vertreter der „Frankfurter Schule“. Auch die analytischen Orientierungen des *Rational-Choice*-Ansatzes (hier vor allem durch Michael Hechter repräsentiert) werden herangezogen. Dabei werden analytische Unterscheidungen wie die zwischen *expressiver* und *instrumenteller, sozio-moralischer* und *politischer, altruistischer* und *reziproker, repressiver* und *disruptiver* Solidarität erläutert. Der Artikel liefert zudem einige konkrete Anregungen und Materialien zur Frage, wie die verschiedenen Hypothesen in einem ‚interaktiven‘, Theorie und Empirie verklammernden Forschungsprozess Schritt für Schritt weiter auszuarbeiten wären.

Abschließend sei noch auf einige neuere Arbeiten zu diesem Thema hingewiesen, die Greta Wagner (2019) unter dem Titel „Helfen zwischen Solidarität und Wohltätigkeit“ in der Zeitschrift *WestEnd* herausgegeben hat.

Der zweite Artikel

skizziert eine Problemlage, die sowohl in der Politik als auch in den Sozialwissenschaften intensiv diskutiert wird: diverse Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Der Erklärungsansatz, den ich hierzu vorschlage, beruht vor allem auf Durkheims theoretischen Überlegungen und empirischen Beobachtungen, mit denen er den langfristigen Rückgang der Mordraten (Ende des 19. Jahrhunderts im Vergleich zum Mittelalter und der frühen Neuzeit) in europäischen Ländern analysiert, dabei aber auch für die modernen Gesellschaften einige strukturell gewalttätige Potentiale identifiziert. Hierzu expliziert er zunächst ein Konzept des traditionellen Kollektivismus, der segmentär oder segmentär-stratifikatorisch differenzierte Gesellschaften geprägt hat. In ihnen zählt die Gruppe – die Sippe, der Clan, der Stamm, die Kaste, der Stand – mehr als die Individuen, die ihr (vorwiegend) per Geburt oder auf Basis sonstiger askriptiver Merkmale zugeordnet sind. Die differenziell zuerkannte Ehre fungiert als symbolische Manifestation einer gewalttätigen Sozial-Hierarchie, die den Menschen nicht nur unterschiedliche materielle Zugriffsrechte und Belohnungen zuteilt, sondern auch eine unterschiedliche „Wertigkeit“ beizmisst. In neuzeitlichen Gesellschaften ist dieser traditionale Kollektivismus weitgehend (aber nicht vollständig) erodiert und durch individualistische Strukturen und Orientierungen abgelöst worden. Durkheim unterscheidet dabei (was oft übersehen wird) zwei unterschiedliche Varianten des Individualismus, deren relatives Gewicht zwischen den verschiedenen Gesellschaften und ihren jeweiligen Entwicklungsphasen variiert: den „kooperativen“ versus den „exzessiven“ Individualismus. Als soziale Praxis gründet sich der kooperative („moralische“) Individualismus auf wechselseitigen Respekt für den jeweils anderen, unabhängig von dessen sozialer Herkunft oder Zugehörigkeit (universalistisch gedachte Gleichwertigkeit). Auf der sozio-strukturellen Ebene geht es Durkheim vor allem um die institutionelle Absicherung der Gerechtigkeit durch die Verbindung von (in heutigen Termini) Wohlfahrtsstaat und repräsentativer Demokratie. Der exzessive („egoistische“) Individualismus kann in seinen zentralen Elementen als Negation der Merkmale des kooperativen Individualismus charakterisiert werden: Partikularistische Orientierungen und Interessen dominieren universalistische Gerechtigkeitsvorstellungen; die globalisierte ökonomische Dynamik schränkt die Regulierungskompetenzen demokratischer Staaten ein; das Wettbewerbsprinzip dringt immer stärker in andere, außer-ökonomische Lebensbereiche vor, die Einkommens- und Vermögensungleichheit nimmt langfristig zu; soziale Marginalisierungs- und Exklusionsprozesse werden verstärkt. Individuen und Gruppen, die sich in

diesen Strukturen nicht als hinreichend leistungsfähig bzw. als erfolglos erfahren oder erkennbar von anderen so wahrgenommen werden und sich auf diese Weise benachteiligt oder missachtet fühlen, werden empfänglich für einen „regressiven“ Kollektivismus: die Wiedergewinnung von Status und Ehre vermöge der Konstruktion eines Kollektivs, dem man selbst unbestreitbar zugeordnet ist, und das gegenüber anderen Individuen und Gruppen, die von ihm ausgegrenzt sind, als höherwertig aufgefasst und symbolisch auf diese Weise dargestellt wird (Formen der *exklusiven* Solidarität). Im Falle des Rechtsextremismus (wie auch weniger gewaltaffiner Formen des Populismus) bedienen sich diese positiven und negativen Konstruktionen vor allem der Symbolik mutmaßlich vorliegender ethnischer, nationaler oder religiöser Zugehörigkeiten – was sich u. a. am Beispiel der AfD zeigen lässt.

Zu dieser Thematik siehe auch die Arbeiten von Heitmeyer (2018, S. 203–228), Heitmeyer et al. (2020) sowie einige Hinweise in dem unten vorgestellten Artikel Nr. 12 („Anomie“). Eine neuere Arbeit zur begrifflichen Unterscheidung von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bietet Minkenberg (2021). Hinweisen möchte ich zudem auf eine von Vera King und Ferdinand Sutterlüty (2021) herausgegebene Sammlung von Aufsätzen zum Thema „Destruktivität und Regression im Rechtspopulismus“.

Der dritte Artikel

(gemeinsam verfasst mit Sylvia Terpe) widmet sich einem in der Soziologie, abgesehen von einigen Arbeiten Niklas Luhmanns, weitgehend vernachlässigten Thema: den Ausdrucksformen und Funktionsweisen des Gewissens im Alltag. Soziologen und Soziologinnen beschäftigen sich zwar ausgiebig mit „Moral“ als strukturell variierendem und individuell unterschiedlich rezipiertem Normengefüge, aber kaum mit der situativ und individuell variablen Ausformung und Bindekraft des persönlichen Gewissens in alltäglichen Verhaltensabläufen. Im Vergleich zu analytisch enger konzipierten Begriffen wie „Selbstkontrolle“ oder „moralisches Bewusstsein“ erfasst der Gewissensbegriff eine größere Bandbreite des komplexen Zusammenspiels von Einsichten und Gefühlen sowie des Ineinandergreifens von Erleben, Deuten und Handeln in unterschiedlichen Situationen (zum konzeptuellen Zusammenhang von Selbstkontrolle, Gewissen und Gewaltkriminalität siehe Thome 2011). Auch in diesem Beitrag werden verschiedene theoretische Ansätze herangezogen (neben Luhmanns systemtheoretischer Perspektive vor allem kognitionstheoretische Ansätze

zur Entwicklung des moralischen Bewusstseins sowie Hans Joas' Überlegungen zur Entstehung von Wertbindungen auf Basis von artikulierten Erfahrungen der Selbsttranszendenz), die einerseits eine die verschiedenen Perspektiven umfassende Kerndefinition des Gewissensbegriffs anregen, andererseits eine Reihe von Fragen und Hypothesen anbieten, die nur empirisch (wenn überhaupt) beantwortbar sind und in der Breite ihres Bedeutungsspektrums über die einzelnen Ansätze hinausgehen. Inzwischen ist ein vom Autor initiiertes Forschungsprojekt zu diesem Themenkomplex unter Anwendung sowohl qualitativer als auch quantitativer Methoden durchgeführt worden; eine zusammenfassende Buchveröffentlichung steht noch aus.

Der folgende *Artikel 4*,

gemeinsam verfasst mit Marcus Heise, bietet aber schon einmal eine (kleine) Auswahl empirischer Analysebeispiele, die diesen Forschungsansatz verdeutlichen. Zu Beginn skizzieren wir nochmals (mit Bezugnahme auf Artikel 3) sehr knapp Teile des kognitionstheoretischen Ansatzes sowie Luhmanns Überlegungen zu Moral und Gewissen. Beide werden bei der Interpretation der empirischen Befunde herangezogen, die sich auf die Frage konzentrieren, wie Menschen ihr persönliches Gewissen erleben und praktizieren. Auf der Grundlage dieser Daten schlagen wir eine Typologie vor, die sich auf die Unterscheidung zwischen einer autonomen und einer heteronomen Form des Gewissens stützt, wie sie im Rahmen des kognitiv-entwicklungspsychologischen Ansatzes konzipiert worden ist. Nachfolgende Analysen setzen diese Gewissenstypen zunächst in Beziehung zu verschiedenen sozio-demographischen Merkmalen (wie Alter, Geschlecht, Konfessionszugehörigkeit, sozio-ökonomischer Status) und weiteren potenziell erklärungskräftigen Faktoren und fragen sodann nach möglichen Konsequenzen: wieweit und in welcher Weise bestimmen diese Gewissensausprägungen das eigene Verhalten, z. B. in Situationen, in denen man einen finanziellen Gewinn erzielt, wenn man ein Versprechen bricht.

Dabei zeigt sich: unser Gewissen funktioniert offenbar nicht in einer singulären, sondern in einer eher pluralisierten Weise, in einer instabilen Mischung aus verschiedenen moralischen und nicht-moralischen Normen. Zwar gibt es dominante Orientierungen, die moralische Urteile und Verhaltensweisen leiten, aber diese sind offen für individualisierte und situations-spezifische Interpretationen und Anwendungen. Die Einhaltung allgemein geteilter moralischer Normen wird nicht immer als sicherer Weg zur Erlangung und Aufrechterhaltung von sozialer Wertschätzung

und Selbstachtung angesehen. Die Art und Weise, wie Menschen ihr Gewissen interpretieren und wahrnehmen, legt nicht nur moralische Bindungen offen, sondern belegt auch einige der individuellen Fähigkeiten und Strategien zur „Selbstregulierung“, in denen neben moralischen auch außer-moralische Kriterien herangezogen werden, deren jeweilige Gewichtung in meta-moralischen Reflexionen erwogen wird. Diese Überlegungen können u. a. mit der kriminologischen Forschung in Verbindung gebracht werden, die die Beweggründe von Tätern analysiert, die als Reaktion auf Erfahrungen von Demütigung und Respektlosigkeit Gewalttaten begehen, um auf diese Weise (Selbst-)Respekt wiederzuerlangen.

In den folgenden vier Artikeln geht es explizit um theoretische Fragestellungen und methodologische Aspekte der soziologischen Werteforschung.

Der erste dieser Beiträge, *der fünfte Artikel*,

blickt kritisch auf die Theorie des Wertewandels, die Ronald Inglehart schon in den 1970er Jahren unter dem Stichwort der *silent revolution* entwickelt hat und die – mit einigen Erweiterungen und Modifikationen – bis heute weltweit große Resonanz findet. Inglehart sieht im ansteigenden Niveau des ökonomischen Wohlstands die entscheidende Determinante für den Wandel der Wertorientierungen: In dem Maße wie *materielle* Bedürfnisse (insbesondere ausreichender Lebensunterhalt und körperliche Sicherheit) befriedigt werden, steigt die Bedeutung *postmaterialistischer* Orientierungen (verschiedener Formen sozialer Wertschätzung und Selbstverwirklichung). Inglehart bezieht sich dabei (in simplifizierender Weise) auf die von dem amerikanischen Psychologen Abraham H. Maslow schon in den 1950er Jahren ausgearbeitete Theorie einer psychogenetisch angelegten Entwicklung von Bedürfnishierarchien. Dabei setzt er (Inglehart) in seinen eigenen Studien „Werte“ im politik-soziologischen Sinne definitorisch gleich mit „Bedürfnissen“ im motivationstheoretischen Sinne, obwohl schon lange empirisch belegt ist, dass dieser Zusammenhang historisch und kulturell stark variiert. Er versäumt es auch, die psychogenetisch interpretierte Bedürfnisentwicklung mit soziologischen Theorien der Ich-Entwicklung und Identitätsbildung zu konfrontieren (bzw. anzureichern) und persönliche Einstellungen von sozial generalisierten kulturellen Werten analytisch abzugrenzen. So übergeht er auch den Tatbestand, dass von ihm in Meinungsumfragen als *postmaterialistisch* eingestufte Politikziele (wie die Forderung nach mehr Freiheitsrechten und stärkerem Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung) u. U. auch deshalb

präferiert werden, weil die Befragten sie als probates Mittel einschätzen, ihre eigenen *materialistischen* Bedürfnisse eher befriedigen zu können. Als Indikator für eine materialistische Orientierung betrachtet Inglehart u. a. den „Kampf gegen steigende Preise“, deren Wichtigkeitseinstufung aber nicht nur von der persönlichen Wertorientierung, sondern auch von der Höhe der gerade vorliegenden (über Zeit variierenden) Inflationsrate abhängig sein dürfte.

Ich skizziere in diesem Artikel noch weitere konzeptuelle und methodologische Kritikpunkte sowie empirische Daten, auf deren Basis eine Reihe von Autoren Ingleharts Thesen in Frage stellen. Ein starkes Argument bieten zudem Umfragedaten, die unter Leitung amerikanischer Militärbehörden in West-Berlin und der westdeutschen US-Zone von 1947 bis 1950 erhoben wurden. In einer Zeit bitterster Armut erklärte Anfang 1948 immerhin etwa ein Drittel der Bevölkerung die politischen Freiheitsrechte, die ihnen über viele Jahre verweigert worden waren, für wichtiger als die wirtschaftliche Sicherheit. Das ist ein deutlich höherer Anteil an „Postmaterialisten“ als derjenige, den Inglehart für die 1970er Jahre in der zu dieser Zeit wesentlich reicheren Bundesrepublik hat registrieren können. Als besonders beweiskräftig gegen Ingleharts Thesen ist der erhebliche Anstieg der Postmaterialisten in der Zeit der Berliner Blockade anzusehen (ab November 1948), als die materielle Not der Berliner Bevölkerung sich noch weiter verschärfte, gleichzeitig aber auch die Aussichten auf eine zukünftige freiheitliche Verfassung als extrem gefährdet erschienen.

Auf einige methodologische Probleme, die mit Ingleharts Ansatz verbunden sind, wird im folgenden Artikel noch etwas näher eingegangen.

Der sechste Artikel

stellt einige der systemtheoretischen Überlegungen vor, mit denen Niklas Luhmann Werte als „allgemeine, einzeln symbolisierte Gesichtspunkte des Vorziehens von Zuständen oder Ereignissen“ konzipiert (Luhmann 1985, S. 433), als Sinnkonstruktionen, die – wie andere „symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien“ – z. B. Wahrheit, Eigentum/Geld, Macht/Recht – in drei Generalisierungsdimensionen zu betrachten sind: der sachlichen, der zeitlichen und der sozialen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Operationalisierung des Wertkonzepts, die bis heute in der empirischen Wertforschung kaum beachtet worden sind. Diese konzentriert sich fast ausschließlich auf die Sachdimension: „Welche“ Werte sollen mit welchen Indikatoren thematisch angesprochen, erhoben und kategorisiert werden, „terminal values“ (im Sinne von Rokeach) sind z.

B. stärker generalisiert als „instrumental values“. Allgemein wird vorausgesetzt, dass Werte über Zeit relativ stabil bleiben, indem sie in sozialen Systemen institutionalisiert und von Personen mitgetragen werden. Da stabile Erwartungen nicht nur durch Gewohnheitsbildung, sondern in hochdifferenzierten Gesellschaften vor allem durch ihre Normierung zeitlich generalisiert werden, ist zu fragen, was unter dem „normativen Gehalt“ von Werten zu verstehen ist und welche Möglichkeiten es gibt, ihn bei empirischen Erhebungen (bspw. im Rahmen von Befragungen) mit zu erfassen. Der normative Gehalt von Werten liegt darin, dass mit ihnen ein allgemeiner Geltungsanspruch mit hoher Aussicht auf Anerkennung erhoben werden kann, ohne ihn in aktuellen Kommunikationen jeweils neu begründen zu müssen, so dass er auch im Falle einer Enttäuschung, eines Widerspruchs aufrechterhalten werden kann. Diese *zeitliche* Generalisierung der Werte ist somit in der Regel an ein hohes Maß an *sozialer* Generalisierung gebunden. Dabei wird laut Luhmann mehr Konsens benötigt als faktisch vorhanden ist. Das heißt, der faktische Konsens muss durch fiktiven (unterstellten) Konsens ergänzt werden.

Der Grad der Normativität wird in der empirischen Werteforschung weiterhin kaum erfasst, obwohl dies mit relativ einfachen Mitteln möglich wäre. In dem hier präsentierten Artikel werden dazu Beispiele aus einem vom Autor initiierten Studienprojekt vorgestellt. Der Geltungsanspruch von Werten reduziert sich aber nicht auf ein nach außen gerichtetes „Sollen“, sondern ist intern vor allem im Sinne eines Wollens oder Strebens zu verstehen (worauf insbesondere Hans Joas immer wieder hingewiesen hat).

Auch der Grad der sozialen Generalisierung wird in der gegenwärtigen Forschungspraxis weiterhin nur unzulänglich erfasst: „Konsens“ wird in der Regel nur in der elementarsten Form der faktischen Übereinstimmung oder Divergenz von individuell erhobenen und rechnerisch aggregierten Meinungen dargestellt – in Form von Anteilswerten, Durchschnittsgrößen und Streuungsmaßen. Damit bleibt die Wechselseitigkeit der Perspektiven, die Ebene der „Erwartungserwartungen“ völlig ausgeblendet, obwohl tatsächliche und perzipierte Übereinstimmungen oder Divergenzen unabhängig voneinander variieren können und eine falsch perzipierte Übereinstimmung/Divergenz ebenso wie eine korrekt perzipierte das Verhalten beeinflusst. Hierzu wird u. a. auf empirische Beispiele verwiesen, die ebenfalls dem oben erwähnten Studienprojekt entnommen sind.

Der siebte Artikel

fasst einleitend zentrale Definitionselemente des soziologischen Wertbegriffs zusammen, skizziert danach nochmals einige der zentralen Thesen Ingleharts zum Wertewandel (s. oben Artikel Nr. 5) und referiert sodann etliche der empirischen Befunde, die diesen Wandel über Zeit zu belegen scheinen. Inglehart hat im Zuge der seit 1990 durchgeführten *World Values Surveys* sein Kategoriensystem relevanter Wertorientierungen ausgeweitet und in eine Theorie der „Modernisierung“ und „Postmodernisierung“ einbezogen, die die Bedeutung der Wertorientierungen für die Entwicklung und Stabilisierung demokratischer Systeme und für „human development“ hervorhebt. Aber auch diese erweiterte Konzeption lässt einige kritische Fragen offen.

In Deutschland sind die Diskussionen zum Wertewandel nicht nur von Ronald Inglehart, sondern vor allem auch von dem Speyrer Soziologen Helmut Klages geprägt worden. Als er um 1980 mit diesen Arbeiten begann, stützte er sich zunächst vor allem auf bereits vorliegende Umfragedaten, die ursprünglich von EMNID und vom Institut für Demoskopie in Allensbach gesammelt und interpretiert wurden. Einige dieser Längsschnittdaten werden in dem hier vorgelegten Artikel kurz vorgestellt, bspw. solche zur Arbeitsmotivation (seine „Arbeit ordentlich und gewissenhaft tun“), zu bürgerlichen Tugenden (wie „Respekt vor Besitz“) und zu Erziehungszielen (wie „Höflichkeit und gutes Benehmen“). Herangezogen werden auch einige Ergebnisse der *Shell-Jugendstudien* bis 2010. Resümierend lässt sich feststellen, dass „alte“ Wertvorstellungen nicht durchgängig von „neuen“ abgelöst, sondern zu erheblichen Teilen (wie z. B. „Ordnungsliebe und Fleiß“) mit zeitlichen Schwankungen bewahrt und durch „neuere“ (wie „Selbständigkeit und freier Wille“) ergänzt wurden. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Anhang zu diesem Kapitel hingewiesen, der für die Zeit zwischen Wiedervereinigung und Jahrtausendwende Ost-West-Unterschiede in Deutschland bezüglich verschiedener Wertorientierungen behandelt. Dabei geht es u. a. um die Gewichtung von Werten wie Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit, um bürgerschaftliches Engagement sowie um religiöse und kirchliche Bindungen.

Klages konstruierte zunächst zwei Wertdimensionen, die als gegenläufige Orientierungen konzipiert waren, sich aber empirisch auch als vereinbar erwiesen haben: die sog. „Pflicht- und Akzeptanzwerte“ (wie Disziplin, Leistung, Ordnung) einerseits, die „Selbstentfaltungswerte“ (wie Partizipation, Genuss, Kreativität) andererseits. Letztere wurden im Fortgang der Analysen in zwei Teildimensionen zerlegt: eine im kooperativen Sinne „idealistische“ und eine im egoistischen Sinne „hedonistisch-materialisti-

sche“ Variante der Selbstentfaltung. Beide lassen sich auch im Sinne der Durkheim'schen Unterscheidung von „kooperativem“ versus „egoistischem Individualismus“ verstehen (s. oben die einleitenden Hinweise zu Art. 2). Klages' Favoriten sind die „aktiven Realisten, die aus den drei Basisdimensionen eine „Wertsynthese“ formen, indem sie tradierte bürgerliche Tugenden hochhalten, sich auch für andere Menschen engagieren, gleichzeitig aber auch das Leben genießen wollen. Hinsichtlich der Stärke der verschiedenen Wertetypen belegen die empirischen Daten bis 2010 auch hier wieder eher zeitliche Schwankungen als durchgängige Trendverläufe, wobei aber deutliche Unterschiede zwischen den Generationen sichtbar werden.

Einige Anmerkungen zur gelegentlich geäußerten These des „Werteverfalls“ sowie weitere Hinweise zu konzeptuellen und methodologischen Problemen führen im letzten Abschnitt des Artikels u. a. zu dem Vorschlag, soziologische und historische Forschungsperspektiven nicht nur in Analysen zur Entwicklung der Gewaltkriminalität (s. unten), sondern auch in Studien zum Wertewandel in einem deutlich erweiterten Zeithorizont miteinander zu verknüpfen. Dazu werden einige Beispiele aus bereits vorliegenden Untersuchungen kurz vorgestellt. In diesem Zusammenhang sei zusätzlich noch auf eine Studie der Psychologin Patricia M. Greenfield (2013) hingewiesen. Darin hat sie eine Liste von Stichwörtern zusammengestellt, deren häufiges oder weniger häufiges Vorkommen innerhalb der einschlägigen Literatur das jeweilige und sich über Zeit verändernde Gewicht „kollektivistischer“ versus „individualistischer“ Orientierungen repräsentieren sollen. Die Häufigkeit des Auftretens entsprechender Schlüsselwörter (wie z. B. „obliged“ versus „choose“, „give“ versus „get“) hat sie mit Hilfe entsprechender Computer-Algorithmen in mehr als einer Million Büchern (verfügbar über Google Books *Ngram Viewer*) registriert, die zwischen 1800 und 2000 in den USA und Großbritannien erschienen sind. Diese Häufigkeitsentwicklungen ließen sich sodann in Zeitreihen zusammenstellen und auf diese Weise auch mit den Trendverläufen weiterer Variablen vergleichen (z. B. dem Urbanisierungsgrad), die als Erklärungsfaktoren in Frage kommen könnten.

Da sich dieser Sammelband auch mit dem Thema „Gewaltkriminalität“ beschäftigt, sei an dieser Stelle noch auf eine Studie von Schroth (2012) hingewiesen, in der auf Basis von Umfragedaten ein positiver Zusammenhang zwischen hedonistisch-materialistischen Wertorientierungen (im Sinne Klages') und der persönlichen Gewaltneigung nachgewiesen wird. Auch für einige Dimensionen des von Hagan et al. (1998) und Hajar (2004) konzipierten „hierarchischen Selbstinteresse(s)“ wird ein

solcher Zusammenhang registriert (s. hierzu auch Thome/Birkel 2007, S. 344–348). Einen breiten Überblick zum Thema Werte und Kriminalität bietet Hermann (2003), siehe auch Pöge u. Seddig (2018).

Der achte Artikel

greift einige der werttheoretischen Konzepte und Fragestellungen, die in den vorangegangenen Artikeln schon angesprochen worden sind, nochmals auf, erweitert dabei aber das thematische Spektrum und liefert einen umfassenderen systematischen Zusammenhang, in den die verschiedenen analytischen Dimensionen eingeordnet sind. Ausführlicher eingegangen wird u. a. auf die Unterscheidung von objekt- versus konzeptbasierten Wertbegriffen und von *instrumental* versus *terminal values*. Theoretische Ansätze zum Thema Wertebildung und Werteentwicklung werden ebenfalls noch weiter ausgeführt, insbesondere der Ansatz von Hans Joas: Wertebildung auf Grund artikulierter Erfahrungen von Selbsttranszendenz, verbunden mit einer Unterscheidung des „Rechten“ und des „Guten“. Auch die Weiterentwicklung des Inglehartschen Ansatzes hin zu einem „Modell menschlicher Entwicklung“ wird skizziert. Außerdem wird in diesem Beitrag das von Shalom Schwartz (unter Rückgriff auf frühere Arbeiten von Rokeach und Hofstede) entwickelte Modell grundlegender Wertorientierungen skizziert, das ebenfalls weltweit in international vergleichenden Studien eingesetzt wird und das ich für theoretisch anspruchsvoller halte als den Ansatz von Inglehart. Schwartz definiert einen umfangreichen Katalog von Werten, mit denen er zwei übergreifende, bipolar ausgerichtete analytische Dimensionen ausdifferenziert: Die erste kontrastiert „Offenheit für Wandel“ (Verlangen nach kreativer Selbstbestimmung und „Stimulation“) mit dem Bestreben nach „Bewahrung“ (*conservation*) des Gegebenen. Die zweite Dimension kontrastiert *self-transcendence* „Selbst-Überwindung“ sowohl im Sinne universalistischer Werte als auch der Sorge um das Wohlergehen nahestehender Menschen mit *self-enhancement* („Selbsterhöhung“), dem persönlichen Leistungs- und Erfolgsstreben, verbunden mit der Suche nach Prestige und Macht.

Mit dem folgenden *Artikel 9*

wird das Thema „Gewalt“ eingeführt. In ihm wird erläutert, in welcher Weise das soziologische Verständnis der Gewaltkriminalität in (post-)modernen Gesellschaften zu bereichern ist, wenn man einen historischen

Rückblick auf deren langfristige Entwicklung in die Analyse mit einbezieht. Der zeitliche (wie auch der regionale) Vergleich wird für die Kriminalitätsforschung besonders wichtig, wenn nicht individuelle Gewalthandlungen und Tätermerkmale im Mittelpunkt des Interesses stehen, sondern Delikthäufigkeiten in bestimmten Gebietseinheiten (analytische Kollektivmerkmale) und deren mutmaßliche soziale, kulturelle und ökonomische Bedingungen. Auch wenn man primär an der Erklärung einer kurzfristigen Veränderung interessiert ist, bspw. der Zu- oder Abnahme der Gewaltdelinquenz in den letzten zehn Jahren, kann man sie als relativ kurzfristige Veränderung nur dann sinnvoll (als Explanandum) konzipieren, wenn man die vorangegangene längerfristige Entwicklung (möglichst in verschiedenen Regionen oder Ländern) identifiziert hat – liegt sie in dem längerfristigen Trend oder weicht sie von ihm ab? Die Antwort hierauf ist entscheidend für die Auswahl der in Frage kommenden Erklärungsfaktoren. Dies wird u. a. anhand eines Forschungsbeispiels erläutert, in dem es zunächst um die Erklärung eines Kriminalitätsanstiegs in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1964 bis 1984 geht. Danach richtet sich der Fokus auf die Entwicklung der Homizidraten in verschiedenen europäischen Ländern, in denen sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich angestiegen sind. Bevor man evtl. versuchen möchte diesen Anstieg bspw. mit modernisierungstheoretischen Konzepten zu erklären, sollte man die weiter zurückreichende Trendentwicklung (mindestens) seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in den Blick nehmen. Hier nämlich zeigen die Homizidraten einen nicht kontinuierlichen, aber langfristig rückläufigen Trend. Man benötigt also Hypothesen, die sowohl den langfristigen Abwärtstrend als auch den dann (für wie lange Zeit?) einsetzenden Aufwärtstrend konsistent zu erklären vermögen. Ansätze hierzu liefern immer noch die einschlägigen Analysen von Norbert Elias und Emile Durkheim. Dies wird in den folgenden Artikeln weiter ausgeführt (s. hierzu auch die umfangreichen Analysen in Thome/Birkel 2007). Einen umfassenderen Überblick zu Durkheims Erklärungsansatz (der ja auch in Artikel 2 schon herangezogen wurde) liefert Thome (2010a).

Kausalanalysen auf der Basis von Zeitreihendaten durchzuführen, kann ein ziemlich kompliziertes Unterfangen sein. Die dabei heranzuziehenden statistischen Analysemodelle sind in den Sozial- und Geschichtswissenschaften bisher nicht breit rezensiert worden; zur Einführung siehe Thome (2005) sowie Metz & Thome (2019). Zur Kombination von längs- und querschnittlichen Analysedesigns siehe den knappen Überblick in Thome & Messner (2014).

Im folgenden *Artikel 10*

wird eine empirische Studie vorgestellt, die ansatzweise Durkheims These überprüft, wonach die interpersonelle Gewalt langfristig in dem Maße zurückgeht, wie die hierarchisch-kollektivistisch angelegten gesellschaftlichen Strukturen und die damit verbundenen kulturellen Deutungsmuster zurücktreten und zunehmend durch individualistisch ausgerichtete Strukturkomponenten ersetzt werden. Als Datenbasis dienen vor allem die Kriminalitätsraten (Anzahl der rechtskräftig Verurteilten pro 100.000 der strafmündigen Zivilpersonen) in der Kategorie der Gefährlichen Körperverletzung, die die Kriminalstatistik des Deutschen Reiches für die rund 1000 Land- und Stadtkreise in der Zeit von 1883 bis 1902 jährlich registriert hat. Bei den Erwachsenen verdoppelt sich in dieser Zeit die Deliktrate, bei den Jugendlichen nimmt sie noch stärker zu; danach weist der Trend wieder nach unten. Bei der Suche nach einer Erklärung mag man auf den Prozess der Verstädterung blicken, der in den drei bis vier Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland seine größte Beschleunigung erfahren hat. Die parallele Trendentwicklung scheint die Vermutung zu stützen, hier zeige sich ein kausaler Zusammenhang, der Grad der Urbanisierung sei eine signifikante Variable für die Erklärung höherer oder niedrigerer Niveaus der Gewaltkriminalität. Hier muss man jedoch eine weitere wichtige Unterscheidung beachten, die Durkheim hervorgehoben hat: die anomischen Folgen eines rapiden sozialen Wandels, der die eingespielte soziale Ordnung bröckeln lässt (prozessbedingte Anomie), sind zu unterscheiden von einer (in Durkheims Terminologie) „chronischen“ Anomie, die in *dauerhaften* gesellschaftlichen Strukturbedingungen angelegt ist. Teilt man die Untersuchungsperiode zwischen 1883 und 1902 in vier 5-Jahres-Intervalle ein, lässt sich in allen vier Teilperioden (bei statistischer Kontrolle sonstiger regionaler Differenzen) feststellen, dass die Deliktrate in beiden Kreistypen gleichermaßen stark ansteigt, dass sie aber in den Stadtkreisen stabil um etwas mehr als 20 % unterhalb des durchschnittlichen Niveaus liegt, das für die Landkreise ausgewiesen ist. Dies zeigt: ein rapider sozialer Wandel kann als solcher einerseits über eine gewisse Periode zu einem Gewaltanstieg führen, dabei aber gleichzeitig jene Strukturelemente stärken, die längerfristig das Gewaltniveau absenken.

Unsere Studie führt noch weitere Variablen in das statistische Erklärungsmodell mit ein. Als Variable mit der stärksten Erklärungskraft erweist sich dabei die Geburtenrate, die ich für diese Beobachtungsperiode als brauchbaren (extern korrelativen) Indikator zur Messung des in den jeweiligen Gebietseinheiten vorliegenden relativen Gewichts von individualistischen gegenüber kollektivistischen Orientierungen betrachte: Je niedri-

ger die Geburtenrate, umso stärker die individualistische Komponente im Geflecht kultureller Deutungsmuster. In dem Artikel werden eine Reihe zusätzlicher Untersuchungsergebnisse herangezogen, die diese Annahme unterstützen. Die Geburtenrate wird in einem statistischen Pfadmodell als intervenierende Variable eingesetzt, deren Ausprägung von einigen exogenen Variablen abhängt: positiv vom Grad der Industrialisierung und vom Anteil der katholischen sowie der polnisch/baltischen Bevölkerung, negativ vom erreichten Niveau des wirtschaftlichen Wohlstands und vom Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den Freien Berufen; relativ niedrig liegt sie auch in den voll urbanisierten Kreisen. Nur der ökonomische Wohlstand und die mit einem hohen Bevölkerungsanteil von Polen und Balten verbundenen ethnischen Konflikte beeinflussen die Deliktrate gefährlicher Körperverletzungen nicht nur indirekt über die Geburtenrate, sondern auch auf direktem Wege über die Geburtenrate hinaus: der Wohlstand allerdings nur schwach negativ, die ethnischen Konflikte deutlich positiv. Die starke Erklärungskraft der Geburtenrate bestätigt eindrucksvoll die Durkheim'sche These, dass individualistisch geprägte Gesellschaften im Vergleich zu hierarchisch-kollektivistisch strukturierten Gesellschaften ein niedrigeres Niveau an interpersonaler Gewalt aufweisen, weil sich in ihnen die höhere Wertschätzung weg vom Kollektiv hin zur Person verschiebt. Die beiden folgenden Artikel – wie auch schon der Beitrag zum Rechtspopulismus (s. *Artikel Nr. 2*) – zeigen allerdings, dass für die Analyse der Gewaltkriminalität seit Ende des zweiten Weltkrieges eine weitere analytische Unterscheidung an Gewicht gewinnt, die ebenfalls schon von Durkheim eingeführt wurde (aber weiterhin wenig beachtet wird): die Unterscheidung von „kooperativem“ („moralischem“) und „egoistischem“ („exzessiven“) Individualismus.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass auch eine überarbeitete (in einigen Teilen gekürzte, in anderen Teilen erweiterte) englisch-sprachige Fassung des soeben vorgestellten Artikels vorliegt (siehe Thome 2010 b).

Zu Artikel 11

Die Gewaltkriminalität, gemessen vor allem an den gefährlichen bzw. schweren Körperverletzungsdelikten, nimmt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (nicht nur) in Deutschland insgesamt, aber auch mit deutlichen regionalen Differenzen, erheblich zu. Der folgende Beitrag (verfasst zusammen mit Stephan Stahl Schmidt) geht von der Hypothese aus, dass dies nicht (oder nicht nur), wie in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts (s. oben), einem rapiden sozialen Wandel (also einer prozess-

bedingten Anomie) zuzuschreiben ist, sondern dass dieser Wandel auch längerfristig bestimmte Elemente der Sozialstruktur und der kulturellen Deutungsmuster in der Weise verändert hat (und möglicherweise noch weiter verändert), dass sich darin ein dauerhaft angehobenes gewaltaffines Potential wieder hat entfalten können. Wie oben schon angedeutet, habe ich zentrale Komponenten dieses Bedingungskomplexes unter Rückgriff auf Durkheim unter dem Begriff des „desintegrativen Individualismus“ zusammengefasst. In dem nun vorzustellenden Artikel wird der Versuch unternommen, dieses Konzept wenigstens partiell zu operationalisieren und auf dieser Basis die entsprechende Hypothese empirisch zu überprüfen.

Die hierbei herangezogenen Häufigkeitsziffern für Körperverletzungs- und Raubdelikte der Jahre 2005 – 2007 sind den länderspezifischen Daten entnommen, die die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für die mehr als 400 west- und ostdeutschen Land- und Stadtkreise ausweist. Die demografischen und sozio-ökonomischen Strukturindikatoren, aus denen wir die hypothetischen Einflussgrößen konstruiert haben, sind der umfangreichen Datensammlung INKAR entnommen, die das Bundesamt für Bau-, Stadt- und Raumforschung zur Verfügung stellt. Das Konzept des „desintegrativen Individualismus“ wird mit Hilfe mehrerer Strukturvariablen operationalisiert, die erwartungsgemäß eng miteinander korreliert sind und somit zu einem einzigen „Faktor“ statistisch zusammengefasst werden konnten: a) der Anteil der im jeweiligen Kreis hochqualifiziert Beschäftigten, b) der Anteil der Gymnasialschüler, gemessen an der Gesamtschülerzahl, c) der Anteil der Zugezogenen und der Fortgezogenen an der Gesamtbevölkerung (*residential mobility*), d) der Anteil der Ein-Personen-Haushalte, bereinigt um den Alterseffekt. Diese Variablen repräsentieren einige Merkmale der expandierenden Wettbewerbsgesellschaft, in der ein verstärktes Streben nach beruflichem Erfolg mit einer zunehmenden Schwächung des sozialen Zusammenhalts einhergeht (bzw. einhergehen könnte). Als Kontrollvariablen werden vor allem zwei weitere Faktoren eingesetzt: a) der Grad der „Urbanität“ (Bevölkerungsgröße und -dichte, Anteil der Beschäftigten im primären Sektor, Anteil der Migranten), b) die „relative Deprivation“ (gemessen u. a. über die Arbeitslosenquote und den Anteil der Haushalte, die Miet- oder Heizkostenzuschüsse erhalten).

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen zeigen, dass dem Deprivationsfaktor bezüglich beider Deliktategorien die stärkste Erklärungskraft zukommt, dass aber auch dem desintegrativen Individualismus darüber hinaus ein statistisch signifikantes Einflussgewicht zugewiesen wird; in beiden Fällen führen höhere Faktorwerte zu höheren Deliktaten. Da

es sich hierbei um eine Aggregatdatenanalyse (auf Kreisebene) handelt, folgt daraus nicht, dass Abiturienten und hochqualifizierte Beschäftigte häufiger als geringer qualifizierte Personen gewalttätig werden. Vielmehr ist Folgendes anzunehmen: Je größer der Anteil derer ist, die ein hohes Bildungs- und Berufsniveau erreichen, umso stärker werden und fühlen sich diejenigen als Verlierer herabgesetzt, die dieses Ziel nicht erreichen. Die damit verbundene Erfahrung von Minderwertigkeit kann dazu motivieren, das Selbstgefühl zu stärken, indem man sich an anderer Stelle als „stark“ erweist, bspw. indem man sich gewalttätig gegenüber anderen durchsetzt. Wer das Gerechtigkeitsprinzip vertritt, sollte also nicht nur auf eine verbesserte formale Chancengleichheit hinarbeiten, sondern auch die dadurch nicht aufhebbar (eher noch verstärkte) Ergebnis-Ungleichheit im Blick behalten und die mit ihr verbundenen Demütigungserfahrungen zu verringern suchen. Allgemein gleiche Zugangs- bzw. Teilhabechancen mindern den Erfolgsdruck nicht, sie können ihn sogar erhöhen.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass in dieser Arbeit nicht nur die „normale“ Regressionsanalyse (OLS), sondern auch ein „räumliches“ Analyseverfahren (*spatial error models*) eingesetzt wurde. Es berücksichtigt den (häufig vernachlässigten) Tatbestand, dass räumliche (regionale) Untersuchungseinheiten in der Regel – im statistischen Sinne – nicht unabhängig voneinander sind.

Zu Artikel 12

Die in das Konzept des desintegrativen Individualismus einbezogene Komponente der „chronischen“ (strukturbedingten, regulativ nicht aufhebbar) Anomie lässt sich systemtheoretisch als „normales“ Korrelat moderner, funktional-differenzierter Gesellschaften interpretieren, wie ich im abschließenden Artikel unter Rückgriff auf Arbeiten von Niklas Luhmann zu zeigen versuche. Ausgangspunkt dieser Überlegungen sind die Anomie-Konzepte von Durkheim und Merton. Da Durkheims Ansatz oben schon ansatzweise skizziert worden ist, verweise ich hier nur kurz auf Mertons zentrale Prämisse: Als „Anomie“ konzipiert er einen verbreiteten Mangel an normativen Bindungen, der sich aus einer im gesellschaftlichen System dauerhaft angelegten Diskrepanz von kulturell vorgegebenen bzw. legitimierte(n) Zielen (insbesondere dem ökonomischen Erfolg) einerseits und den normativ zulässigen, aber nicht ausreichend verfügbaren und ungleich verteilten Mitteln der Zielerreichung andererseits ergibt. Die persönliche Wertschätzung hängt weitgehend davon ab, ob man die kulturell ausgezeichneten Ziele auch tatsächlich erreicht. Diese Konstellation ist beson-

ders anomieträftig, wenn der „Erfolg“ nicht nur in absoluten, sondern auch – oder sogar primär – in relativen Größen (vorzugsweise über Geld) gemessen wird: Erfolg hat man in dem Maße, wie man mehr erreicht als Andere – notfalls eben auch mit illegitimen Mitteln.

Luhmann (s. auch die obigen Hinweise zu Art. 6) betrachtet funktional differenzierte Gesellschaften als sich selbst regulierende soziale Systeme. Die Selbstregulation vollzieht sich mit Hilfe von „symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien“ unter Verwendung darauf bezogener „binärer Codes“ (positiver und negativer Zielbenennungen), deren sich die Akteure bedienen, die ihnen aber immer schon vorgegeben sind. Sie markieren für die verschiedenen Teilsysteme spezifische Sinn Grenzen, an denen sich die Kommunikation innerhalb des jeweiligen Teilsystems primär ausrichtet. Das konstitutive Medium für das Wirtschaftssystem zum Beispiel ist Geld bzw. in Geld transformierbares Eigentum, für das politische System ist es „Macht“, für das wissenschaftliche Subsystem ist es „Wahrheit“, für Intimbeziehungen „Liebe“. Die „selbstreferentielle Geschlossenheit“ der Teilsysteme bedeutet, dass deren Operationen sich nicht mehr (zumindest nicht primär) an gesamtgesellschaftlichen Funktionserfordernissen oder den Sinngebungsbedürfnissen der involvierten Personen ausrichten. Auch die Moral kann dabei ins Spiel kommen, aber die Gesellschaft wird, so Luhmann, nicht (mehr) „moralisch“ integriert.

In dieser systemtheoretischen Perspektive ist für eine sozial-regulativ zu bearbeitende „Anomie“ folglich kein Platz mehr, sie kann allenfalls noch als ein Problem personaler Systeme konzipiert werden – „Anomie“ wird auf „Anomia“ reduziert, von der Soziologie in die (Sozial-)Psychologie ausgelagert. In Luhmanns früherer Fassung der Systemtheorie sah das allerdings noch anders aus. In seiner 1972 erschienenen „Rechtssoziologie“ charakterisiert er explizit und unter positiver Bezugnahme auf Merton funktional differenzierte Gesellschaften als immanent anomisch. Allerdings kann man auch relevante Teile seiner späteren Theorieproduktionen weiterhin als facettenreiche, systematische Beschreibung (mutmaßlich) nicht aufhebbarer, aber begrenzter „anomischer“ Verhältnisse lesen, die funktional differenzierten Gesellschaften („chronisch“) inhärent sind, auch wenn sie von ihm selbst nicht mehr in dieser Begrifflichkeit erfasst werden. In dem vorliegenden Beitrag wird dies anhand dreier Stichworte näher ausgeführt, a) Disprivilegierung bzw. Dysfunktionalisierung von Moral, b) Steigerung von Komplexität, c) Mechanismen der Einbeziehung oder des Ausschlusses (Inklusion versus Exklusion) von Individuen in gesellschaftliche Kommunikationsprozesse.

Auch Luhmann muss einräumen, dass selbst in hochentwickelten modernen Gesellschaften soziale Differenzierungen vorliegen, die „quer“ zur funktionalen Differenzierung verlaufen und zu *funktionsübergreifenden* Statuspositionen führen, die am unteren Ende den Ausschluss aus einer Vielzahl von Teilsystemen bedeuten. Da diese Exklusion häufig eine räumliche und damit körperliche Trennung nach sich zieht, schafft sie, wie Luhmann selbst betont, ein erhebliches Potential für physische Gewaltanwendung und für „triebhaft primäre Bedürfnisbefriedigung“. Darüber hinaus identifiziert Luhmann aber auch im „Inklusionsbereich“ Desintegrationstendenzen, die die Chancen gelungener Identitätskonstruktion mindern: „In der modernen Angebotsgesellschaft wird Freiheit nicht mehr durch Zwang eingeschränkt, sondern durch Angebote so strukturiert, dass die Ausübung nicht mehr als Selbstverwirklichung des Individuums zugerechnet werden kann [...] durch Kultur und soziale Bedingungen ist die Ausübung von Freiheit so stark asymmetrisiert, dass dem Individuum nur noch belanglose Entscheidungen bleiben – oder Proteste, die nichts ändern“ (Luhmann 1995, S. 149). Diese Tendenzen sind m. E. in den letzten beiden Jahrzehnten durch die weiter fortschreitende Entwicklung der Kommunikations- und Selbststeuerungstechnologien erheblich verstärkt worden und werden vermutlich noch weiter an Fahrt gewinnen, siehe die Stichworte „Internet der Dinge“, „Künstliche Intelligenz“, „Luxury Surveillance“, „fake news“, „cyber crime“ oder „Nextmind“-Stirnbänder mit ihren „Gadgets“ zur Registrierung von Seelenzuständen und Handlungsabsichten. Der Subjekt-Status der Individuen droht auf diese Weise immer weiter unterminiert zu werden und zu erodieren. Demokratische Gesellschaften, die versuchen wollten, solche Tendenzen regulativ einzuschränken, müssten fürchten, wirtschaftlich hinter Großmacht-Diktaturen wie China zurückzufallen, die diese Technologien als Kontrollinstrumente fördern und nutzen wollen. Zum anomischen Potential, das sich hierbei entfalten kann, siehe z. B. die umfangreichen Analysen von Shoshana Zuboff (2018) und Sinan Aral (2020) sowie die empirische Studie von Thomas E. Dearden et al. (2021) über verschiedene Formen von „cyber crime“.

Innerhalb der Kriminalsoziologie ist die von Messner und Rosenfeld entwickelte und empirisch ausgerichtete „Institutional-Anomie Theory“ (s. Messner et al. 2008) ein häufig herangezogener Erklärungsansatz, der – unter Bezugnahme auf Durkheim und Merton (s. oben) – von der These ausgeht, dass das Funktionssystem der Wirtschaft die anderen gesellschaftlichen Bereiche weitgehend dominiert. Dies scheint einem grundlegenden Prinzip der Luhmannschen Systemtheorie zu widersprechen, wonach sich

auf der Ebene des umfassenden Systems der Gesellschaft keine verbindliche Rangordnung der Funktionen „einrichten“ lässt. Dies hat er aber in einigen seiner Arbeiten gelegentlich auch relativiert, und in mehreren Schriften spricht er der Wirtschaft den funktionalen Primat zu. Dies lässt sich damit begründen, dass in der „Semantik“ der symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien *unterschiedlich* weit reichende Steuerungskapazitäten angelegt sind; *Geld* ist sachlich, räumlich und sozial viel universeller und rascher einsetzbar als andere Medien (wie schon Georg Simmel erläutert hat). Die anomischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben (können), werden in diesem Beitrag näher erläutert. Weitere theoretische Überlegungen und empirische Materialien zu diesem Thema bietet der Band von Wilhelm Heitmeyer (2018, insbes. S. 118–158). Einen breiten Überblick zu verschiedenen anomie-theoretischen Ansätzen liefert Bernburg (2019).

Abschließend wird in dem Artikel aber auch darauf hingewiesen, dass sich in den Basis-Strukturen funktional differenzierter Gesellschaften nicht nur Anomie-Potentiale, sondern auch neue Potentiale für kooperative Formen des Individualismus herausbilden, insbesondere auf Basis wohlfahrtsstaatlicher Regelungen, des Abbaus autoritärer Entscheidungsstrukturen sowie der damit verbundenen Ausdehnung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte. Welches relative Gewicht ihnen jeweils zukommt, ist eine empirische Frage.

Literatur

- Aral, Sinan (2020): *The hype machine. How social media disrupts our elections, our economy, and our health – and how we must adapt*. London: Harper Collins Publishers.
- Bernburg, Jón Gunnar (2019): Anomie-Theory. *Oxford Research Encyclopedia, Criminology and Criminal Justice*. Online Publ., DOI: 10.1093/acrefore/9780190264079.013.244.
- Dearden, Thomas E., Katalin Parti, James Hawdon (2021): Institutional anomie theory and cybercrime. *Cybercrime and the American Dream*. Now Available Online. *Journal of Contemporary Criminal Justice* 37(3), S. 311–332.
- Durkheim, Émile (1990) [1897]: *Der Selbstmord*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hadjar, Andreas (2004): *Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen: die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greenfield, Patricia M. (2013): The changing psychology of culture from 1800 through 2000. *Psychological Science* 24, S. 1722–1731.

- Hagan, John, Gerd Hefler, Gabriele Classen, Klaus Boehnke, Hans Merkmens (1998): Subterranean sources of subcultural delinquency beyond the American dream. *Criminology* 36, S. 309–341.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm, Manuela Freiheit, Peter Sitzer (2020): *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II*. Berlin: Suhrkamp.
- Hermann, Dieter (2003): *Werte und Kriminalität. Konzeption einer allgemeinen Kriminalitätstheorie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- King, Vera, Ferdinand Sutterlüty (Hg.) (2021): Themenheft: *Destruktivität und Regression im Rechtspopulismus*. *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 18(1), S. 69–151.
- Luhmann, Niklas (1985): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (2. Aufl.)
- Luhmann, Niklas (1995): *Gesellschaft und Semantik*, Bd. 4. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1998): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Bd. 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Messner, Steven F., Helmut Thome, Richard Rosenfeld (2008): Anomie, and violent crime: clarifying and elaborating institutional-anomie theory. *Journal of Conflict and Violence* 2, S. 163–181. Erschienen auch in Robert Agnew, Joanne M. Kaufmann (Hg.): *Anomie, Strain and Subcultural Theories of Crime*. New York: Routledge 2017, Chp. 19 (DOI: 10.4324/9781315262413)
- Metz, Rainer, Helmut Thome (2019): *Zeitreihenanalyse*, S. 1451–1465 in: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, Band 2. Wiesbaden: Springer VS (3. Aufl. in Vorbereitung).
- Minkenber, Michael (2021): *Rechtsextremismus, Rechtspopularismus, Rechtsradikalismus. Versuch einer terminologischen Einordnung*, S. 51–73 in: Gideon Botsch, Christoph Schulze (Hg.), *Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990 bis 2020*. Berlin: be.bra Wissenschaft Verlag.
- Pöge, Andreas, Daniel Seddig (2018): *Werte und abweichendes Verhalten*, S. 149–69 in: Dieter Hermann, Andreas Pöge (Hg.), *Kriminalsoziologie – Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos
- Schroth, Andreas (2012): *Die Bedeutung von ethnischen Konstellationen und Wertorientierungen für Gewaltbereitschaft und Kontrollverschärfung in Stadtteilen*, S. 153–166 in: Wilhelm Heitmeyer, Helmut Thome (Hg.), *Gewalt in öffentlichen Räumen*. Wiesbaden: VS Verlag (2. Aufl.)
- Thome, Helmut (2005): *Zeitreihenanalyse. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler und Historiker*. München, Wien: Oldenbourg.
- Thome, Helmut (2010a): *Entwicklung der Gewaltkriminalität: Zur Aktualität Durkheims*. *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 7(2), S. 30–57.

- Thome, Helmut (2010b): Violent crime (and suicide) in Imperial Germany, 1883–1902. A quantitative analysis and a Durkheimian interpretation. *International Criminal Justice Review* 20, S. 5–34.
- Thome, Helmut (2011): Self-Control, conscience, and criminal violence: Some preliminary considerations, S. 121–144 in: W. Heitmeyer, H.-G. Haupt, S. Malthaner, A. Kirschner (Hg.): *Control of violence: Historical and international perspective on violence in modern societies*. New York: Springer.
- Thome, Helmut (2018): Anomietheorien, S. 75–90 in: D. Hermann, A. Pöge (Hg.): *Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos.
- Thome, Helmut, Christoph Birkel (2007): *Sozialer Wandel und die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich, 1950 bis 2000*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Thome, Helmut, Steven Messner (2014): Guest editorial: Methodological issues in longitudinal analyses of criminal violence. *International Journal of Conflict and Violence* 8(2), S. 190–198.
- Greta Wagner (Hg.) (2019): *Themenheft: Helfen zwischen Solidarität und Wohltätigkeit*. WestEnd. *Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 16(1), S. 87–134.
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt: Campus.

1. Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung¹

Das Konzept der „Solidarität“ ist in der Soziologie umstritten, sein Gebrauch (als Leerformel, Begriffstitel, normatives oder analytisches Konzept) oft unklar. Prominente Soziologen halten emphatisch an ihm fest; andere, nicht weniger prominente, weisen es als unbrauchbar zurück. Reinhard Bendix (1967: 320) hat einmal gefordert, die soziologische Analyse gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse solle den Wandel der Solidaritätsformen, ihren Umfang und ihre psychologischen Implikationen erhellen. Jeffrey Alexander (1980: 6) erklärt Solidarität zum „fundamental point for sociological analysis“. Angesichts dieses Enthusiasmus muß es verwundern, daß die monumentale *International Encyclopedia of the Social Sciences* (Sills 1968) dem Solidaritätskonzept keinen Artikel widmet, ebenso wie die jüngere vierbändige *Encyclopedia of Sociology* (Borgatta/Borgatta 1992).²

Wer nach einer Rechtfertigung für diese auffälligen Absenzen sucht, findet sie bei Niklas Luhmann, der den Solidaritätsbegriff für obsolet hält, jedenfalls innerhalb der Soziologie. Solidarität, meint er, artikuliere sich „als Formel einer Ideologie“, die einem über Medien versprochen werde, „sonst wüßte man nicht davon“ (Luhmann 1984: 89). Tatsächlich ist „Solidarität“ eine Münze, die zwischen den verschiedensten Ideologien konvertierbar ist; in der politischen Propaganda wird sie wohlfeil gehandelt und immer wieder devaluiert.³

1 Erstveröffentlichung 1998: S. 217 – 262 in: Kurt Bayertz (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp. Englische Ausgabe („Solidarity“) 1999: Kluwer academic publishers.

2 Dem Solidaritätsbegriff ist auch kein eigener Artikel in dem von Brunner, Conze und Koselleck herausgegebenen Werk *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* gewidmet. Immerhin ist ihm dort ein Abschnitt in Schieders Abhandlung zur „Brüderlichkeit“ eingeräumt worden (Schieder 1972). Ein sehr informativer Artikel „Solidarität“ von Wildt ist in dem *Historischen Wörterbuch der Philosophie* erschienen (Wildt 1995).

3 Hayward (1959) betont, gerade in der Vagheit und Vieldeutigkeit des Solidaritätsbegriffs, seinem fiktionalen und abstraktiven Charakter gründe seine ideologische Potenz.

Die Frage ist berechtigt, ob das Solidaritätskonzept als analytischer Begriff innerhalb der Soziologie überhaupt noch eine Rolle spielen kann. Sie ließe sich schlüssig nur im Kontext eines vorausgesetzten oder zu entwickelnden theoretischen Bezugsrahmens beantworten. Das ist nicht die Aufgabe, die ich mir in diesem Aufsatz stelle. Eine Antwort möchte ich aber insofern vorbereiten, als ich das normative und analytische Anregungspotential, das die Sozial- und Theoriegeschichte dieses Begriffs anbietet, für soziologische Problemdefinitionen nutze, d. h. Themenkomplexe und analytische Dimensionen herausarbeite, die diesem Begriff zugeordnet sind und sich in empirische Forschungsfragen überführen lassen.

Meine Überlegungen sind nicht zuletzt durch Durkheims und Simmels These angeregt, wonach Individualisierung und Solidarität nicht als unbedingte Gegensätze, sondern als wechselseitig steigerungsfähig (cf. Luhmann 1977: 28) zu betrachten sind, eine Einsicht, die in der gegenwärtigen Diskussion über Individualisierungsschübe, den Zusammenbruch tradierter Gemeinschaftsformen und sozialer Milieus, dem daraus folgenden Mangel an Solidarität und Mitmenschlichkeit, die Zunahme von Konkurrenz und Ellbogenmentalität verlorengegangen zu sein scheint. Allerdings hat auch Durkheim solche negativen Möglichkeiten durchaus gesehen. Für den Soziologen stellt sich die Aufgabe herauszufinden, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen eher die eine als die andere Möglichkeit oder in welchem Verhältnis beide zueinander realisiert werden. Das ist auch eine zentrale Fragestellung der laufenden Kommunitarismus-Debatte, die Honneth (1992: 22) so formuliert: „Wie (kann) ein sozial übergreifender Wertzusammenhang beschaffen sein, der einerseits durch neue Formen der gesellschaftlichen Solidarität den destruktiven Tendenzen einer weiteren Individualisierung entgegenwirkt, ohne andererseits dem radikalen Pluralismus liberaler Gesellschaften zuwiderzulaufen.“

Wenn ich mich in diesen skizzenhaften Erwägungen darum bemühe, empirische Forschungen vorzubereiten, die Problemdefinitionen und konkurrierende Hypothesen aus unterschiedlichen Basis-Theorien aufgreifen, so kann man dieses Vorgehen als eklektizistisch bezeichnen. Ich gehe aber davon aus, daß unterschiedliche theoretische Ansätze genügend Konvergenzen in sich tragen, um eine Reihe von empirischen Phänomenen gemeinsam als relevant ansehen und sich über eine Methodik angemessener Meßoperationen einigen zu können. Es wird also nicht einem prinzipiellen Eklektizismus das Wort geredet, sondern angenommen, daß empirische Forschung gegenüber den theoretischen Vorgaben genügend „Freiheitsgrade“ besitzt, um dazu beitragen zu können, innerhalb der Soziologie zu stärker vereinheitlichten Theorien zu gelangen.

Trotz der substantivistischen Form des Solidaritätsbegriffs (der eine Disposition oder eine geronnene Struktur suggeriert), konzentriere ich mich auf seine adjektivische Bedeutung, in der er als Attribut von Handlungen erscheint, die soziale (zwischenmenschliche) Beziehungen konstituieren. Ich beginne mit einer (minimalen) Kerndefinition, dem kleinsten gemeinsamen Nenner, der sich in fast allen vorfindbaren Versionen dieses Konzepts auffinden läßt: Als solidarisch wird ein Handeln bezeichnet, das bestimmte Formen des helfenden, unterstützenden, kooperativen Verhaltens beinhaltet und auf einer subjektiv akzeptierten Verpflichtung oder einem Wertideal beruht. Es bleibt zunächst offen, welche anderen Beziehungsmomente zwischen Akteur und Adressat gegeben sind; Adressat können auch imaginierte oder erst zukünftig existierende Personen oder Gruppen sein, wie z.B. zukünftige Generationen. Offen bleibt auch, wieweit diese Handlungsformen a) in einem Sozialsystem normativ vorgeschrieben sind oder in anderer Weise als Strukturprinzip fungieren, b) als internalisierte Verhaltensdisposition innerhalb eines Persönlichkeitssystems wirksam sind. Die verschiedenen Solidaritätsbegriffe differieren in den zusätzlichen Bestimmungselementen, mit denen das helfende, unterstützende, kooperative Verhalten detaillierter charakterisiert wird. Oft wird z.B. definitiv (nicht empirisch-hypothetisch) festgelegt, dieses Verhalten solle auf einem Zusammengehörigkeitsgefühl von Gruppenmitgliedern beruhen. Empirisch tritt helfendes-kooperatives Verhalten aber auch ohne diese Voraussetzung auf, und es ist unklar, wieso man sie zum Bestandteil der Definition machen soll. Gelegentlich wird definiert, solidarisches Handeln sei kooperatives Verhalten zum Zwecke der Durchsetzung gemeinsamer Interessen. Auch hier ist nicht klar, warum man die „solidarische“ Kooperation von vornherein auf die Verfolgung gemeinsamer Interessen einschränken soll, obwohl mit der Kooperation auch andere Absichten oder latente Funktionen (etwa im Kontext eines wertexpressiven oder rituellen Verhaltens) verfolgt werden könnten. Ich halte es für sinnvoll, den Solidaritätsbegriff mehrdimensional und ergänzungsfähig so anzulegen, daß die spezifizierenden Dimensionen als empirische Variablen erscheinen, deren Ausprägungen je nach Untersuchungszweck flexibel zu unterschiedlichen Solidaritätsformen typologisch kombiniert und rekombiniert werden können. Statt diese Merkmalsdimensionen willkürlich oder lediglich mit Bezug auf die normativen Präferenzen des Autors definitiv einzuführen, sollte ihre Auswahl durch verallgemeinerbare funktionale Bezugsprobleme gesteuert werden. Die Relation zwischen den analytischen Dimensionen, die den Solidaritätsbegriff gleichsam aufspannen, und den interessierenden Funktionen muß hypothetisch, d. h. im Prinzip empirisch über-

prüfbar sein. Dabei kann man an die Theorie- und Sozialgeschichte des Solidaritätsbegriffs anknüpfen, in der zwei Bezugsprobleme durchgängig eine wichtige Rolle spielen: der Zusammenhalt (die „Integration“) einer Gruppe oder eines sozialen Systems und die Integrität oder Würde der Menschen⁴ (die „personale Identität“ der Individuen).

In der soziologischen Theorie hat es immer eine starke Überlappung der Begriffe „soziale Integration“ und „Solidarität“ gegeben. Aber die Integration sozialer Systeme kann offenkundig nicht allein durch solidarisches Handeln (im oben definierten Sinne) gesichert werden; und bestimmte Solidarformen können der Entwicklung einer persönlichen Identität entgegenwirken. Hier gibt es also ein weites Feld für empirische Untersuchungen. Für sie möchte ich in den nächsten Abschnitten einen Rahmen skizzieren und einige der relevanten Forschungsfragen identifizieren.

I. Funktionale Bezugsprobleme für „Solidarität“

1. Integration sozialer Systeme

Sowohl in der soziologischen Theorie (namentlich bei Durkheim und Parsons)⁵ als auch in seinen sozialgeschichtlich rekonstruierbaren Verwendungsweisen ist der Solidaritätsbegriff sowohl auf Probleme der Integration sozialer Systeme wie auch auf Probleme der Konstitution persönlicher Identität bezogen worden. Ich verwende hier den Ausdruck „soziale Systeme“ in einem deskriptiven Sinne, der sowohl zwischenmenschliche Interaktionssysteme (kleine Gruppen) als auch Gesellschaftssysteme, also das gesamte Kontinuum der Mikro- und Makro-Ebenen umfaßt.

„Integration“ ist ein theoretisches Konstrukt, das bestenfalls partiell operationalisierbar ist; das aber unbeschadet der offenkundigen Definitions- und Meßprobleme als heuristisches Konzept fungiert, das dazu anregt, Fragen zu stellen und Hypothesen zu entwerfen. Zwei Bedeutungsdimensionen scheinen mir zentral zu sein: Koordination und Inklusion. Ersteres bezieht sich auf die „Anschlußfähigkeit“ von Kommunikationen und Handlungen innerhalb eines Systems. Es geht um den Grad an Sicherheit, mit dem eine Handlung (bzw. Kommunikation) ihre Fortsetzung (oder erwar-

4 Man denke zum Beispiel an das Verlangen nach Anerkennung menschlicher Würde, wie es sich in der Arbeiterbewegung immer wieder artikuliert hat.

5 Luhmann (1984: 80) billigt „eigentlich nur Talcott Parsons“ zu, eine theoretische Analyse der Solidarität „versucht“ zu haben.

tete Erwidern) in anderen Handlungen (Kommunikationen) findet und Subsysteme füreinander diejenigen Leistungen liefern, die sie zur Erfüllung ihrer bestandserhaltenden Funktionen im Gesamtsystem benötigen. Temporäre Störungen oder Unterbrechungen des normalen Austauschprozesses (wie abweichendes Verhalten, Blockaden durch Interessenkonflikte, exogen verursachter Ressourcenmangel) sind in gut integrierten Systemen nicht ausgeschlossen, sondern werden diskursiv bearbeitet, administrativ geregelt, durch legitimen Zwang beseitigt oder durch weitere Subsystembildungen kompensiert und neutralisiert.

Anschlußfähigkeit bezieht sich sowohl auf zeitliche Kontinuierung als auch auf sachliche Vereinbarkeit; beides ist (sub-)system-spezifisch zu beurteilen. „Inklusion“ als zweiter wichtiger Aspekt der Integration bringt die Personen und eine normative Dimension ins Spiel; es geht um Teilhabe- und Zugangsrechte, um die Frage, wieweit die verschiedenen Mitglieder einer Gruppe (Gesellschaft) deren materielle und kulturelle Ressourcen für sich nutzen können und in welchem Maße sie Zugang zu den in ihr institutionalisierten Rollen haben. Formen solidarischen Handelns sind häufig als Strategien zu verstehen, für einzelne Personen oder Teilgruppen den vollen Mitgliedschaftsstatus innerhalb der umfassenden Gruppe (Gesellschaft) zu erhalten oder zu erkämpfen. Kleine Gruppen können ihren Zusammenhalt gelegentlich durch den (totalen) Ausschluß einzelner Mitglieder erhöhen. Ein totaler Ausschluß aus dem Gesellschaftssystem ist (sieht man von physischer Eliminierung ab) aber gar nicht möglich; Ghetto- und Slumbewohner, Gefängnisinsassen und Obdachlose sind zwar aus vielen Funktionssystemen, nicht aber aus der „Gesellschaft“ ausgeschlossen. Exklusionen in Form sozialer Diskriminierung und Verarmung unterminieren das Prinzip funktionaler Differenzierung und gefährden auf mannigfache Weise den Bestand einer auf diesem Prinzip aufbauenden Gesellschaft.

Die Mechanismen, die die Integration sozialer Systeme bewerkstelligen sollen, sind in der Soziologie traditionellerweise in zwei Basis-Modellen zusammengefaßt worden, die in mancherlei Varianten und Kombinationen auftreten: das Modell der „funktionalen“ und das der „normativen“ Integration (cf. Angell 1968).⁶ Die funktionale Integration wird üblicherweise komplementär zur „funktionalen Differenzierung“ gedacht: aus der

6 Historisch oder analytisch verwandte Modelle sind „Gemeinschaft“ vs. „Gesellschaft“, „Systemintegration“ vs. „Sozialintegration“, „System“ vs. „Lebenswelt“. Gelegentlich werde ich mich auch dieser Termini bedienen, ohne auf die jeweiligen begrifflichen Nuancierungen einzugehen.

Differenzierung erwachsen wechselseitige Abhängigkeiten, die die Kooperation fördern. In der systemtheoretischen Konzeption wird das sich ausbreitende Geflecht funktionaler Beziehungen zur Realität *sui generis*, einem sich selbst regulierenden (kybernetischen) System, dessen Entwicklung von individuellen und kollektiven Akteuren nicht gesteuert werden kann. Beispielgebende Muster liefern die arbeitsteilige Produktion und die Tauschprozesse des Marktes: Sie beruhen auf funktionaler Abhängigkeit und Komplementarität der Interessen. Koordination und Kooperation werden über institutionalisierte Verfahrensregeln und formalisierte Mitgliedschaftsrollen gesteuert; „generalisierte Kommunikationsmedien“ (wie Geld und Macht) ersetzen weitgehend persönliche, an Gebrauchswerten orientierte Motive, die, sofern sie noch auftreten, auf Modellannahmen über die Verfolgung rational kalkulierter egoistischer Interessen zurückgeschnitten werden. Funktionale Integration läßt Raum für „antagonistische Kooperation“ (Axelrod 1984), für regelgeleitete Konkurrenz (Grunwald 1981; Wimmer/Neuberger 1981) und für bestimmte Konfliktformen (Hirschman 1994). Während die funktionale Integration auf „Verschiedenheit“ beruht (Verschiedenheiten, die aber miteinander kompatibel sind), beruht die normative Integration auf „Gemeinsamkeiten“. Der Zusammenhalt sozialer Systeme ist gewährleistet durch gemeinsame Werte und andere kulturelle Standards, die in einer gemeinsamen Tradition, in einer fortlaufend „erzählten“ und reinterpretierten Systemgeschichte wurzeln. Sie ist der Ankerpunkt einer kollektiven Identität, die fördernde und einschränkende Bedingungen für die Entwicklung persönlicher Identität setzt. Eine von Parsons' klassischen Formulierungen zum Thema lautet: „The core of a society, as a system, is the patterned normative order through which the life of a population is collectively organized ... no society can maintain stability in the face of varying exigencies and strains unless the interest constellations of its members are grounded in solidarity and internalized loyalties and obligations“ (Parsons 1966: 10, 14).

Daß eine normative Integration der Gesellschaft heute noch angesichts des „unübersichtlichen Pluralismus gleichberechtigter Lebensformen“ (Habermas 1990: 37) auf diese Weise begründbar ist, wird zunehmend in Frage gestellt. Es ist nicht geklärt, in welcher Weise das Verhältnis von funktionaler und normativer Integration in (post-)modernen Gesellschaftssystemen zu konzipieren ist, welches Gewicht ihnen jeweils zukommt. Die meisten Soziologen vertreten (wie schon Adam Smith) die Auffassung, daß Gesellschaftssysteme ohne die Mechanismen normativer Integration nicht überlebensfähig sind, daß sich andererseits Systement-

wicklungen nur begrenzt durch lebensweltliche Verständigungsprozesse und daraus resultierende kollektive Handlungen steuern lassen.

In diesen Diskussionen erscheint der Solidaritätsbegriff häufig nur als anderes Wort für „gesellschaftliche Integration“ oder „Zusammenhalt“ bzw. „Kohäsion“ einer Gruppe; oder er wird summarisch all jenen institutionalisierten Regelungen oder Merkmalen von „Intersubjektivitätsstrukturen“ als Etikett angeheftet, die die gesellschaftliche Integration tragen sollen. Begriffe wie „Legitimität des Systems“ (Habermas 1973), „diffuse support“ (Easton 1965) oder „Zivilreligion“ (Dubiel 1990) resultieren aus Versuchen, konzeptuelle Verbindungslinien zwischen normativer und funktionaler Integration zu ziehen. Solidarität erscheint dabei sowohl als Restriktion wie auch als Ressource. Sie widersetzt sich der Tendenz zweckrationaler Systeme, die „Lebenswelt“ vergemeinschafteter Individuen zu „kolonialisieren“ (Habermas 1981); sie erscheint andererseits als Ressource, die angezapft werden kann, wenn die funktionale Integration ins Stocken gerät oder zusammenbricht (cf. Hondrich/Koch-Arzberger 1992: 29). Beispiele liefern die freiwilligen Helfer in den sozialen Diensten oder die Arbeitnehmer, die zu kollektiven Lohneinbußen bereit sind, um den Bankrott ihres Unternehmens abzuwenden oder die Entlassung einzelner Mitarbeiter zu verhindern. Offe (1989) generalisiert diesen Gedanken zur These, daß moderne Gesellschaften, global durch diffuse Risiken ökologischer und sozialer Katastrophen bedroht, zunehmend auf moralische Selbstbindung und solidarisches Handeln angewiesen sind, weil die nationalen politischen Systeme fortlaufend Kontrollkapazitäten einbüßen. In diesem Zusammenhang ist auch das nutzentheoretische Argument bedeutsam, wonach normativ integrierte Sozialsysteme über Mechanismen der Vertrauensbildung generell die Sanktions-, Kontroll- und Transaktionskosten reduzieren (cf. Coleman 1982). Wichtige Belege zur Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen für die Systemintegration haben auch die Netzwerktheorien politischer Macht und ökonomischer Märkte beigebracht (cf. die Zusammenfassung in Collins 1988: 423 ff.).

Obwohl zahlreiche Thesen und Befunde zum Themenfeld Solidarität und Integration vorliegen, findet man in der soziologischen Literatur nur wenige Arbeiten, die den Solidaritätsbegriff genauer explizieren und ihn dabei auf die Integrationsproblematik beziehen. Unter den wenigen Arbeiten dieser Art möchte ich zwei herausgreifen⁷, die mir besonders relevant

7 Drei weitere Arbeiten, die sich explizit mit dem Solidaritätskonzept beschäftigen, sollen hier wenigstens genannt werden: Lindenberg (1979), Kaufmann (1984), Lidz (1991).

zu sein scheinen: (1) einen – anscheinend weitgehend unbeachtet gebliebenen – Aufsatz von Baum (1975), der Überlegungen von Parsons weiterführt und eine besonders gehaltreiche Konzeption anbietet, (2) Hechters Theorie der Gruppensolidarität (1988), die durch ihre formale Präzision und Empirie-Nähe besticht, aber einige Aspekte ausblendet, die traditionellerweise zum Bedeutungsumfang des Solidaritätsbegriffs gehören.

Hechter entwickelt seine Theorie im Rahmen des *Rational-choice*-Ansatzes. Er beginnt mit der Annahme, daß Akteure sich zu Gruppen zusammenschließen (oder bestehenden Gruppen beitreten), um gemeinsam produzierte „Güter“ konsumieren zu können; der Bestand der Gruppe hängt davon ab, daß die gewünschten Güter fortlaufend hergestellt werden (Hechter 1988: 10). Was motiviert die einzelnen Gruppenmitglieder, ihren eigenen Beitrag hierzu zu leisten? Ein wichtiger Faktor ist die Art des gemeinsam zu produzierenden Gutes:

(1) Werden die Güter für den Markt hergestellt, wo sie einen Preis erzielen, können die einzelnen Mitglieder gemäß ihrem Produktionsbeitrag individuell entlohnt werden; das Motiv liegt in der Erzielung des Lohnes, Solidarität wird nicht benötigt.

(2) Solidarität ist nicht ausreichend mobilisierbar bei der Produktion von „öffentlichen“ Gütern, die von jedem Mitglied unabhängig von dessen Beitrag ge- oder verbraucht werden können; entscheidend sind in diesem Falle kollektiver Zwang und individuelle Anreize.

(3) Anders ist die Situation bei „quasi-öffentlichen“ Gütern, deren Genuß im Prinzip auf diejenigen Mitglieder eingeschränkt werden kann, die langfristig einen adäquaten Beitrag zu ihrer Herstellung leisten. Anstelle des „Zwangs“ (*coercion*) und der individuellen „Entlohnung“ (*compensation*) tritt nun die „Verpflichtung“ (*obligation*), die aus der Gruppenmitgliedschaft erwächst und nicht an ein direktes *quid pro quo* gekoppelt ist. Diese Verpflichtung will Hechter (in expliziter Abgrenzung zu „normativistischen“ Konzepten) nicht als gefühlsmäßige, verinnerlichte Bindung interpretieren; in seiner Theorie wird der *sense of obligation* erzeugt und wachgehalten durch „Kontrolle“ und „Beobachtung“. Aus dem Maß der Verpflichtung und der faktischen *compliance* wird eine behaviorale Definition von Solidarität gezimmert: »The greater the average proportion of each member's private resources contributed to collective ends, the greater the solidarity of the group« (Hechter 1988: 18).

Das Solidaritätskonzept wird somit von jenen Ingredienzen gereinigt, die in konkurrierenden Auffassungen einen zentralen Stellenwert erhalten: affektive Bindungen und Sympathie, eingeborene altruistische Dispositionen, internalisierte Normen. Laut Hechter muß sich die empirische For-

schung darauf konzentrieren, die „Kontrollökonomien“ zu untersuchen, die verschiedene Typen von Gruppen anwenden, um ihre Mitglieder erfolgreich zu verpflichten und Trittbrettfahrerei zu vermeiden. Hierzu liefert er eine Vielzahl interessanter Beobachtungen und Einsichten. Neben den formalen Eigenschaften der gemeinsam produzierten Güter und der Gruppengröße ist das Maß der Abhängigkeit der Mitglieder von der Gruppe eine entscheidende Variable. Je stärker ein Mitglied auf seine Gruppe angewiesen ist, um das gewünschte Gut zu erhalten, umso umfassender können die Verpflichtungen und umso geringer die Kontrollkosten sein. An dieser Stelle betreten die gerade verbannten Gespenster der normativistischen Theorie erneut die Bühne, allerdings in neuer (Ver-)Kleidung. Ihre Einlaßpforte ist eine enorm breite Definition dessen, was gemeinsam produzierte „Güter“ sein können; sie umfassen auch Freundschaft und andere Formen des Gemeinschaftserlebens: »Sociability is one of the most important immanent goods that groups provide. Since personal ties tend to arise with repeated interaction - and thus only in the course of time - they are akin to an irredeemable investment (or sunk cost) in the group“ (Hechter 1988: 47). Was durch diese nutzentheoretische Interpretation der „Soziabilität“ verloren oder gewonnen wird, soll hier nicht diskutiert werden. Sofern „Soziabilität“ als Element einer Präferenzhierarchie, als angestrebter Nutzen auftritt, bleibt sie, wie Hechter selbst betont, „exogenous to the theory, and therefore unexplained“ (Hechter 1988: 31 f.). Seine Theorie reduziert die Problemstellung an beiden Enden der funktionalen Beziehung, die hier interessiert:

(1) Das Integrationsproblem wird auf die Frage reduziert, wie Gruppenmitglieder dazu gebracht werden können, jenen Gruppennormen zu folgen, die ihre Beiträge zur Produktion kollektiver „Güter“ regeln.

(2) Ein zentrales Element des traditionellen Solidaritätskonzepts, *obligation*, wird zwar formal beibehalten, soll jetzt aber ausschließlich im Eigeninteresse wurzeln, das der Akteur im Lichte möglicher Sanktionen interpretiert. Verpflichtungsformen, die auf moralischen Überzeugungen und Selbst-Idealen beruhen, werden aus der theoretischen Betrachtung ausgeschlossen. Solidarisches Handeln als Moment in den Konstitutionsprozessen des Selbst oder einer kollektiven Identität kommt nicht in den Blick.

Das ist anders in der Abhandlung von Baum (1975), der, soweit ich sehe, die umfassendste formale Analyse des Solidaritätskonzepts in seinem Bezug zum Integrationsproblem vorgelegt hat. Es ist völlig unmöglich, in einer kurzen Zusammenfassung, wie ich sie hier versuche, dem reichen analytischen Gehalt dieses Essays gerecht zu werden, der seinen Ausgangs-

punkt in der Parsonianischen Theorie hat, diese aber beträchtlich weiterentwickelt. Ich will mich auf jene Elemente und Aspekte beschränken, die am ehesten mit anderen Theorie-Ansätzen vereinbar sind und empirische Forschungen anregen. Dabei sind mir zwei Punkte besonders wichtig:

(1) Baums Versuch, die Kluft zwischen normativer und funktionaler Integration zu überbrücken, und (2) Solidarität in ihrer doppelten Problemreferenz zu betrachten: der Konstitution des Selbst und der Integration sozialer Systeme, wobei Prozesse der Selbstkonstitution bzw. der personalen Identitätsbewahrung unmittelbar relevant erscheinen für die Systemintegration.

Baum definiert Solidarität als “the sharing of action and/or experience on the part of two or more actors concerning the relation that obtains among them ... sharing covers interests on the one hand and identities on the other. Producing solidarity involves mutual translation processes between these two, eventuating in a sense of ‘we-ness’ resting on a perceived fit of commonality, contrast, and complementarity between actors” (Baum 1975: 308). Man beachte, daß für Baum Solidarität nicht nur auf Gemeinsamkeit, sondern auch auf „Kontrast“ beruhen kann und die wechselseitige Anerkennung der Individualität und Einzigartigkeit der Akteure impliziert. Ihr werden zwei primäre Funktionen zugewiesen: sie soll das generalisierte Bedürfnis nach Zugehörigkeit befriedigen; darüber hinaus „Vertrauen“ als Mechanismus der Komplexitätsreduktion in sozialen Systemen generieren. Baum beruft sich dabei zwar auf Luhmann; es bleibt aber festzuhalten, daß in seiner Konzeption Vertrauen in den Solidarformen zwischenmenschlicher Beziehungen wurzelt.

Unter Rückgriff auf Bellahs Studie über die Evolution der Religion (1964) rekonstruiert Baum zunächst den historischen Prozeß, in dem sich das „System der Solidaritäten“ als intern differenziertes gesellschaftliches Subsystem ausgebildet hat. Dieser Ausdifferenzierung liegen vor allem zwei materielle Bedingungen zugrunde: Erstens, die Produktion eines ökonomischen Mehrwerts, der arbeitsfreie Zeit verfügbar macht, und andererseits das Recht der Individuen, frei zu entscheiden, mit wem sie sich assoziieren, Zeit und Informationen teilen bzw. austauschen wollen. Orientiert an Parsons' allgemeinem AGIL-Schema unterscheidet Baum vier Solidaritätsformen, die er analytisch aus der Kreuzklassifikation dichotom konzipierter Normen des Gebrauchs von „Zeit“ und „Informationen“ ableitet: wieviel Zeit widmen die Akteure einander und wieviel Informationen tauschen sie übereinander aus. Diese Normen beziehen sich auf ein spezifisches Objekt, nämlich die Zusammengehörigkeit selbst: “One can share a sense that ‘it makes sense’ to save time in belongingness or to spend

it; similarly, one can share a sense of appropriateness to save information about alter or to generate and spend it, seeking maximum knowledge about alter as a social being" (Baum 1975: 326). Zusätzlich charakterisiert werden die Solidaritätstypen mit Hilfe von Parsons' *pattern variables*:

Die „autotelische“ bzw. „expressive“ Solidarität ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an verausgabter Zeit und vermittelter Information sowie die *pattern*-Merkmale Partikularismus und Affektivität sowie *quality and diffuseness*; Baum betrachtet sie als Kernstück des Solidaritätssystems. Das Zusammensein ist hier sein eigener Zweck und erfüllt gerade dadurch wichtige Funktionen für das personale und das soziale System, zunächst: „mitigation of the dread concerning finitude, suffering, toil, and responsibility for these“ (ebd., 328) Die systemintegrative Funktion ist indirekter Art: Die Gratifikationen, die das Selbst aus der autotelisch-expressiven Solidarität gewinnt, strahlen in andere, funktional spezifischere Aktivitätsbereiche aus, die ein geringeres Maß an intrinsischer Befriedigung bieten. Dieser Solidaritätstyp, der dem emphatischen Solidaritätsbegriff der Alltagssprache nahekommt, hat allerdings auch eine Kehrseite, die seine integrative Funktion gefährdet, denn er impliziert stets (auch innerpsychische) Ambivalenzen, Selektions- und Ausgrenzungsprozesse (ebd., 331 f.).

Solche potentiell desintegrativen Nebeneffekte expressiver Solidarität werden zum einen durch die Individualisierung selbst und zum anderen durch die *cross-cutting interchanges* zwischen den verschiedenen Solidaritätstypen, die sich wechselseitig limitieren und ergänzen, neutralisiert (cf. unten). Der autotelisch-expressiven Solidarität steht dabei die instrumentelle Solidarität gegenüber, die durch niedrigen Einsatz von Zeit und geringen Informationsaustausch (immer bezogen auf das Objekt *belongingness*) definiert ist. Zusätzlich charakterisiert ist sie durch affektive Neutralität, Orientierung an universalistischen Prinzipien, Leistung und Spezifität. Die instrumentelle Solidarität lenkt Aufmerksamkeit und Energien auf die Welt außerhalb der persönlichen Beziehung, weg von allzu intensiver, „zeitvergessener“ Beschäftigung mit dem Selbst. Die soziale Bindung, die dieser Begriff fixiert, beruht auf Komplementarität der Interessen, die man gemeinsam durch Nutzung externer Ressourcen zu befriedigen sucht (interessenbasierte Kooperation). Baum selbst macht diesen Vergleich nicht, aber seine „instrumentelle Solidarität“ zielt auf ähnliche Integrationspotentiale der Arbeitsteilung, wie sie in Durkheims Konzept der „organischen Solidarität“ angesprochen werden (cf. hierzu die Interpretation von Joas 1992: 90 f.).

Die beiden anderen Solidaritätstypen sind Mischformen bezüglich des (hohen/niedrigen) Zeiteinsatzes und des (niedrigen/hohen) Informations-

austausches. Die Kombination geringer Zeitinvestition mit hohem Informationsgebrauch konstituiert die sozio-moralische, die Kombination hoher Zeiteinsatz und geringer Informationsaustausch die „politische Solidarität“. Die Charakterisierung dieser beiden Solidaritätsformen mittels der Dimensionen Zeit und Information wie auch durch die *pattern variables* wirft für mich einige Verständnisprobleme auf, die ich hier nicht erörtern möchte. Klar scheint zu sein, daß in beiden Fällen Mitgliedschaftsrollen aktiviert werden, zum einen mit einem system-internen Fokus, bei dem es um die Konstitution (bzw. Bewahrung) der kollektiven Identität⁸ geht, zum anderen mit einem system-externen Fokus, bei dem es um die gemeinsam angestrebte Veränderung in der Umwelt des Kollektivs geht. In beiden Fällen geht es um die Teilhabe des Individuums an einer den individuellen Lebenshorizont überschreitenden Gemeinschaft. “By serving a group of which he is part, the individual can invest part of the self into an entity that has an indefinite life-span and so partake of a kind of immortality, the larger entity which will exist long after he himself is gone” (Baum 1975: 332).

Nach der Herleitung der vier Solidaritätstypen spezifiziert Baum die Input-Output-Beziehungen, die innerhalb des integrativen Subsystems der Gesellschaft sowie zwischen diesem und den anderen gesellschaftlichen Subsystemen bestehen. Viele seiner Hypothesen, die er hierzu entwickelt, ließen sich im Kontext anderer Theorieansätze reformulieren und interpretieren. Ich will hier nur zwei allgemeine Bedingungen zitieren, die nach Baum erfüllt sein müssen, wenn eine ausreichende gesellschaftliche Integration sichergestellt werden soll: Inklusion und wechselseitige Austauschbeziehungen: „First, all members of the societal population must be involved intensively and extensively in all four types of solidarities . . . Second, there must be extensive cross-cutting among instrumental, political, auto-telic, and socio-moral solidarities“ (ebd., 342). So zum Beispiel benötigen die primär durch instrumentelle Solidarität geprägten Sozialbeziehungen eine Zulieferung an emotionaler Hingabe (*emotional commitment*) aus dem Feld expressiver Solidaritäten, um, beispielsweise in Betrieben und Verbänden, ausreichend starke Loyalitäten herauszubilden. Anderer-

8 Die Kategorie der sozio-moralischen Solidarität könnte durch Konzeptionen anderer Theorie-Schulen ergänzt werden, insbesondere die in der Durkheim-Schule und der Ethnologie entwickelten Einsichten in die Erscheinungsformen und die Bedeutung kollektiver Rituale. In der neueren Soziologie hat Collins (1988) versucht, in seinem Konzept der *interaction ritual chains* entsprechende Überlegungen von Durkheim und Goffman zusammenzufügen.

seits benötigen die durch expressive Solidarität bestimmten Sozialbeziehungen eine Zufuhr an Kompetenzen, wie sie sich im Funktionsbereich instrumenteller Solidarität entwickeln, außerdem ein *common identity element* aus der sozio-moralischen Solidarität, um eine Überbetonung partikularistischer Zielsetzungen und ein überzogenes zeitliches Engagement im „zwecklosen“ Beisammensein zu verhindern. Zwar muß einem spezifischen Solidaritätstyp in einem bestimmten organisatorischen oder institutionellen Kontext funktionale Priorität zugestanden werden, in Büros oder Werkstätten z.B. der instrumentellen Solidarität. Aber jedem primären Solidaritätstyp sind Elemente aus den anderen Solidaritätstypen gleichsam beizumischen. „Family life has moments when political problems have to be faced, bureaus their moments of tea time, factories their moments of legitimation problems“ (ebd., 336). Diese wechselseitige Durchdringung der Solidaritätstypen wirkt jener Tendenz entgegen, die Habermas als Kolonisierung der Lebenswelt durch die Systeme zweckrationalen Handelns bezeichnet hat. Die kontext- und situationsgerechte Kombination unterschiedlicher Solidaritätselemente setzt auf Seiten der Akteure ein hohes Maß an Individuation und Rollendistanz voraus: „It is the supra-role aspect of an individual, his personality, that can perform the carrier function of transporting elements of solidarity from occasion to occasion“ (ebd., 336) Demgemäß kann die „Produktion“ von Solidarität in modernen Gesellschaften nicht speziell dafür eingerichteten Institutionen überlassen werden; sie muß kontinuierlich in persönlichen Interaktionen generiert werden, »in an indefinite number of empirical contexts but a limited number of situational occasions“ (ebd., 336). Es ist Aufgabe der empirischen Forschung, diese Situationen in den verschiedensten Kontexten zu identifizieren und die vorfindbaren Kombinationen von Solidaritätselementen herauszuarbeiten.⁹ Eine empirische Einschätzung des „Solidaritätsniveaus“ einer Gesellschaft, die diese Mehrdimensionalität nicht berücksichtigte, sich etwa nur auf die „reine“, aus anderen Funktionszusammenhängen ausgegrenzte autotelische Solidarität stützte, bliebe inadäquat.

Baums Leitthema ist die Integration sozialer Systeme durch verschiedene Formen der Solidarität; deren Funktion für personale Systeme wird angedeutet, aber nicht systematisch ausgearbeitet. Mit dieser Thematik beschäftigt sich der folgende Abschnitt.

9 Siehe schon Webers Analyse der Durchmischung unterschiedlicher Gemeinschaftsformen (Weber 1972: 203 ff.). Colemann (1982) analysiert ungünstige Mischungen von Solidaritätsformen, insbesondere fehlende Rücksichtnahme auf Familien- und Erziehungsfunktionen in der Arbeitswelt.

2. Persönliche (personale) Identität

Auch hier ist es natürlich nicht möglich, die unterschiedlichen Fassungen und Nuancierungen, die dieser Begriff erhalten hat, im Einzelnen darzustellen. Ich beschränke mich im Wesentlichen auf jene Aspekte, für die in der einschlägigen Literatur ein relativ breiter Konsens auszumachen ist.

Die Konstruktion einer personalen Identität erwächst aus dem Bemühen des Menschen, sich selbst die (immer wieder neu zu stellende) Frage zu beantworten: "Was für ein Mensch bin ich und was für ein Mensch will ich sein?" (Tugendhat) – und sodann die Triftigkeit und Haltbarkeit seiner Antworten im Austausch mit anderen zu überprüfen, sie nach Möglichkeit bestätigen zu lassen, „Anerkennung“ zu finden. Eine gelungene Identität beinhaltet ein positives Verhältnis zu sich selbst, eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem, was man ist und dem, was man sein will – in der Selbst-Wahrnehmung und in der wahrgenommenen Wahrnehmung der anderen. Die persönliche Identität ist eine Leistung des Subjekts (gefördert oder behindert durch sozial-strukturelle Voraussetzungen), mit der es sein Handeln in verschiedenen, oft disparaten sozialen Rollen, seine Erfahrungen der Kontingenz und der Heterogenität in einem „Selbstverhältnis“, einer symbolischen Struktur „synthetisiert“, die es ihm „erlaubt, im Wechsel der biographischen Zustände und über die verschiedenen Positionen im sozialen Raum hinweg Kontinuität und Konsistenz zu sichern“ (Döbert et al. 1980: 9). Neben Kontinuität und Konsistenz gelten Autonomie/Subjekthaftigkeit (selbstbestimmte, „souveräne“ Lebensführung) und Individualität (Unverwechselbarkeit, Einzigartigkeit) als zentrale Formelemente des Identitätsbegriffs (cf. Straub 1991). Nunner-Winkler sieht in der Subjekterfahrung den Kern der Identitätsbildung (1985: 480) und im sozialen und politischen Engagement eine empirisch aufweisbare Grundlage dieser Subjekterfahrung (ebd.: 478 f.). Sie nennt auch (ebd.: 468 ff.) eine Reihe von empirischen Strukturmerkmalen moderner Gesellschaften, die einerseits einen Zuwachs an Individualisierungsmöglichkeiten bringen und andererseits zur „Entindividualisierung im Sinne erhöhter Austauschbarkeit von Personen infolge von Mobilitätsprozessen, Anonymisierung und Fragmentierung“ führen (ebd.: 470).

Soziologische Handlungstheorien deuten „Identität“ als Aspekt einer umfassenden Handlungskompetenz, die kognitives Vermögen und moralische Urteilskraft mit Rollendistanz, Empathiefähigkeit (*role-taking*), Ambiguitätstoleranz und Ausdrucksfähigkeit verbindet (Krappmann 1972; Habermas 1976). Die personale Identität ist funktional auf zwei Ebenen: zum einen für das Ingangsetzen und Aufrechterhalten von Interaktionen

(die anderenfalls, ohne Konsistenz und Kontinuität im Erscheinungsbild der Akteure, das Problem der „doppelten Kontingenz“ nicht bewältigen, eine Handlungskoordination mittels komplementärer „Erwartungserwartungen“ nicht erreichen könnten) und zum anderen für das Individuum selbst, das (im Normalfalle) Defizite der personalen Identität als Leidensdruck erlebt, unter Umständen sogar in Form von Erkrankungen.

Personale Identitäten synthetisieren Bedeutungsmuster, die aus vergangenem und gegenwärtigem Rollenhandeln gewonnen werden. Es liegt deshalb nahe, eine langfristige Kongruenz zwischen modalen Identitäts- und Gesellschaftsstrukturen zu vermuten. Habermas (1983) spezifiziert eine solche Hypothese in Form einer „Entwicklungslogik“, der die stufenförmige Genese personaler Identität ebenso unterliege wie die kulturelle Evolution der Weltbilder und der Rationalitätsstrukturen. Aus systemtheoretischer Sicht rekonstruiert Schimank (1985) die krisenhafte Entwicklung von der „substantiell-teleologischen Identität“, die den stratifikatorisch differenzierten mittelalterlichen Gesellschaften entspreche, zur „reflexiv-subjektivistischen Identität“, die zu den modernen, funktional differenzierten Gesellschaften passe.¹⁰

Auch wenn die Entsprechungshypothese als Tendaussage haltbar erscheint, sind zeitweilige Inkongruenzen oder Ungleichzeitigkeiten zwischen modaler Identitätsform und Gesellschaftsstruktur nicht auszuschließen; sie können innerhalb der individuellen Lebensgeschichte, aber auch in der Abfolge der Generationen auftreten. In Epochen eines rapiden sozialen Wandels können sozialstrukturelle Veränderungen die herkömmlichen Formen der Identitätskonstruktion gleichsam überholen und es den Individuen schwermachen, eine funktional adäquate und subjektiv befriedigende Balance von Flexibilität und Stabilität zu erhalten.

Einen interessanten Versuch, die wesentlichen strukturellen Bedingungen für eine erfolgreiche Identitätsbildung zu klären und auf diesem Wege das Solidaritätskonzept neu zu bestimmen, unternimmt Axel Honneth. Dabei reinterpretiert er Hegels „Anerkennungstheorie“ und verknüpft sie mit der Meadschen Intersubjektivitätstheorie. Er beginnt mit der These, daß die Entwicklung personaler Identität prinzipiell an die Voraussetzung

10 Unter dem Zeichen des Postmodernismus ist derzeit viel die Rede von *multiple selves*, *patch-work identities*, „Bastelidentitäten“ und ähnlichem. Dabei sind die Identitätstheorien, die in der Nachfolge von Mead und Erikson stehen, wegen ihrer angeblich illusorischen Vorstellungen über Autonomie und Kohärenz moderner Identitätsformen in die Kritik geraten. Zu dieser Diskussion siehe den ausgewogenen Kommentar von Joas (1994).

bestimmter Formen der Anerkennung durch andere Subjekte geknüpft ist (Honneth 1994a: 64). Die von einem Anderen erfahrene Anerkennung ist für mich aber nur dann wertvoll, wenn ich auch den Anderen anerkenne. Dieses reziproke Anerkennungsverhältnis, durch das sich persönliche Identitäten konstituieren, bedingt somit eine Sphäre prinzipieller Gleichrangigkeit zwischen den beteiligten Subjekten. Eine „Anerkennung“, die als Geste der Unterlegenheit oder mit anderen strategischen Absichten erfolgt, vermag diese identitätsbildende Funktion nicht zu erfüllen. Die „Kämpfe“ um Anerkennung will Honneth aber nicht nur (sozialpsychologisch) als inner-sozialisatorisches Konfliktgeschehen interpretieren (ebd.: 110), sondern als „zivilisatorische Prozesse“, die zunehmende Individuierung ermöglichen. Honneth schlägt vor (ebd.: 211), drei Grundformen der Anerkennung zu unterscheiden: a) Liebe und Freundschaft, b) Zuerkennung von Rechten, c) soziale Wertschätzung. Ihnen entsprechen drei Mißachtungsformen: Vergewaltigung (und andere Formen körperlicher Mißhandlung), Entrechtung, Entwürdigung (Demütigung). Liebe und Freundschaft konstituieren ein affektives-emotionales Anerkennungsverhältnis, in dem das menschliche Individuum als „konkretes Bedürfniswesen“ (ebd.: 45) anerkannt wird. Im kognitiv-formellen Anerkennungsverhältnis des Rechts wird es dagegen als „abstrakte Rechtsperson“ anerkannt. Rechte sind etwas, „durch das sich jeder Mensch in Eigenschaften anerkannt wissen kann, die alle anderen Mitglieder seines Gemeinwesens zwangsläufig mit ihm teilen“ (ebd.: 128). Diese Art der Anerkennung ist die Basis für die Erfahrung von „Würde“, der vollen „moralischen Zurechnungsfähigkeit“; dazu müssen nicht nur die individuellen Freiheitsrechte gewährt, sondern auch politische Teilnahmerechte und ein Minimum an materieller Wohlfahrt garantiert sein. Die Reichweite der rechtlichen Anerkennung ist die der „Gesellschaft“, die für meine Identität relevant ist; insofern kann nicht nur die staatliche, sondern auch die Weltgesellschaft mit ihren universalen Menschenrechten identitätsrelevant werden. Der „Kampf um Anerkennung“ ist hier ein Kampf um „Inklusion“ (ebd.: 182f., 138).¹¹ Die Selbstachtung hängt aber auch noch von der sozialen Wertschätzung ab, die es den Individuen erlaubt, sich auf ihre konkreten Eigenschaften und Fähigkeiten, ihre Besonderheiten, positiv zu beziehen. Diese Anerkennungsform ist gebunden an die Existenz eines intersubjektiv geteilten Werthorizonts (ebd.:196); denn „geschätzt“ wird eine Person nur wegen ihrer „wertvollen“ Beiträge zum Gemeinschaftsleben. Honneth

11 Die Relevanz dieser Anerkennungsform wird gegenwärtig in der Debatte über die Zuerkennung der vollen Staatsbürgerschaft an Ausländer überaus deutlich.

schlägt vor, diese drei Anerkennungsformen unter den Oberbegriff der „Solidarität“ zusammenzufassen:

„Solidarität ist unter den Bedingungen moderner Gesellschaften ... an die Voraussetzung von sozialen Verhältnissen der symmetrischen Wertschätzung zwischen individualisierten (und autonomen) Subjekten gebunden ... Beziehungen solcher Art sind ‚solidarisch‘ zu nennen, weil sie nicht nur passive Toleranz gegenüber, sondern affektive Anteilnahme an dem individuell Besonderen der anderen Person wecken: denn nur in dem Maße, in dem ich aktiv dafür Sorge trage, daß sich ihre mir fremden Eigenschaften zu entfalten vermögen, sind die uns gemeinsamen Ziele zu verwirklichen“ (ebd.: 209 f.).

Idealiter ergänzen und unterstützen sich die drei Formen der Anerkennung, aber sie können auch in Konflikt miteinander geraten, die Zuerkennung von Versorgungsansprüchen beispielsweise mit den Anreizen und Möglichkeiten der Selbstbestimmung und der Selbstentfaltung. Diese Möglichkeit wird derzeit von den Kritikern des Wohlfahrtsstaates argumentativ ausgebeutet. Ich werde weiter unten auf diese Problematik zurückkommen. Es scheint mir sinnvoll zu sein, den bisherigen Gedankengang in einer Zwischenbetrachtung kurz zu rekapitulieren:

3. Zwischenbetrachtung

Einem kontrollierten Eklektizismus folgend, habe ich vorgeschlagen, empirische Forschungen zur Solidaritätsthematik durch Fragen und Hypothesen anzuleiten, die aus verschiedenen theoretischen Ansätzen stammen, Ansätzen, die so unterschiedlich sein mögen wie die von Hechter und Baum. Hechters Arbeit erinnert, unbeschadet ihrer perspektivischen Einführung, nachdrücklich daran, daß die Analyse der Gruppenintegration nicht darauf verzichten kann, jene Kontrollmechanismen in den Blick zu nehmen, die egoistische Interessen in kooperatives Verhalten transformieren, das einem gemeinsamen Zweck dient. Zwar ist Hechter (bzw. der *Rational-choice*-Ansatz) dafür zu kritisieren, daß er Motivationen, die nicht unter das kalkulierbare Eigeninteresse subsumierbar sind, aus seinem Theoriegebäude verbannt; andererseits wäre es aber gleichermaßen unklug, die Komplexität menschlicher Motivationen aus dem entgegengesetzten Blickwinkel heraus zu reduzieren und das Problem der Trittbrettfahrerei zu negieren. Man kann der These der *rational choice* Theoretiker zustimmen, daß Soziologen keinen Ehrgeiz entwickeln sollten, das Geschäft der Psychologen zu betreiben; es gibt aber noch andere Alternativen

als diejenige, das Modell des rationalen Egoisten jedem Akteur in jeder beliebigen Situation überzustülpen. Man kann stattdessen mit einem anderen Satz allgemeiner Motivationskategorien arbeiten, die die Dichotomie egoistischer und altruistischer Strebungen überschreiten.¹² Man kann aber auch den Schwerpunkt der Analyse auf die Typifizierung von Situationen verlagern, in denen Interaktionen ablaufen, die weitgehend unabhängig von vorgegebenen Dispositionen der beteiligten Akteure situationspezifische Motivationen und Präferenzen erzeugen. Das bedeutet, Motivationen und Präferenzen werden nicht mehr als exogene, sondern als endogene Variablen behandelt.¹³ Diesen Weg beschreitet Baum in seinem Versuch, funktionsspezifische Solidaritätstypen zu definieren. Sie beziehen sich alle auf dasselbe „Orientierungsobjekt“, nämlich Zusammengehörigkeit; sie beinhalten den kommunikativen Austausch und die Herausformung von Identitäten und Interessen, die in den funktionsspezifischen Handlungsfeldern des sozialen Systems unterschiedliche Gewichte erhalten. Besonders wichtig ist das Problem, eine möglichst günstige Durchmischung oder Balance zwischen den unterschiedlichen Solidaritätsformen zu finden. Aufbau, Bewahrung und Weiterentwicklung personaler Identitäten sind die primäre Funktion autotelisch-expressiver Solidarformen, die Konstruktion kollektiver Identität diejenige der sozio-moralischen Solidarität; die kooperative Verfolgung individueller (aber kompatibler) Interessen ist Sache der instrumentellen, die Verfolgung kollektiver Interessen das Anliegen der politischen Solidarität. Im Gegensatz zu Luhmann besteht Baum darauf, daß das solidarische Handeln von Personen unmittelbar relevant ist für die Integration sozialer Systeme. Seine Konzeption lenkt die empirische Forschung auf die Identifikation situativer Kontexte innerhalb und außerhalb sozialer Institutionen, in denen das solidarische „sharing of action and experience“ stattfindet.

Während Baums Untersuchung in den Problemen der Integration sozialer Systeme seinen Ausgangspunkt hat, beginnt Honneth mit einer formalen Analyse der Identitätsstrukturen und demonstriert dann die Bedeutung der Gesellschaftsstruktur, die die symbolischen und materiellen Ressourcen bereitstellt (oder vorenthält), auf die die Individuen in ihren persönlichen Identitätskonstruktionen zurückgreifen müssen. Es scheint mir sinnvoll, den drei von Honneth herausgearbeiteten Anerkennungsformen auf der Ebene der Rechtsfunktionen eine vierte Form hinzuzufügen:

12 Turner (1987) gibt einen Überblick über verschiedene Varianten soziologischer Motivationstheorien.

13 Diese Strategie verfolgt z.B. Wendt (1994).

Takt und persönlichen Respekt. Wie bei der Gewährung von Rechten geht es auch bei taktvollem Verhalten um die Zuerkennung bzw. Bewahrung der Würde einer Person. Während Rechte durch eine Gemeinschaft (bzw. ihre legitimen Repräsentanten) verliehen werden, liegt taktvolles Verhalten in der Verantwortung jedes einzelnen; es wird freiwillig vollzogen oder verweigert. Allerdings geht es auch hierbei um den Status einer Person als Mitglied einer partikularen oder universalen Menschengemeinschaft. Indem ich mich einem anderen, gerade auch einem Fremden gegenüber taktvoll verhalte, seine Schwächen nicht zu seiner Demütigung ausnutze, seine Intimsphäre unangetastet lasse, ihm Möglichkeiten seiner Selbstdarstellung einräume, signalisiere ich, daß ich seine Würde als Person achte. Takt setzt an die Stelle von Intimität oder Aufdringlichkeit Distanz, die Spielräume beläßt, an die Stelle von Rücksichtslosigkeit oder Kampf ein spielerisches Element, das nicht verletzen will.¹⁴ Auch Takt ist seiner Natur nach symmetrisch: Ich entwürdige mich selbst, wenn ich es an Takt fehlen lasse.

Vergleicht man die um die Kategorie des Takts ergänzten Honnethschen Anerkennungsformen mit den Baumseher Solidaritystypen, werden analytische Gemeinsamkeiten und Kongruenzen sichtbar:

(1) »Liebe und Freundschaft« (Honneth) korrespondiert mit Baums »autotelisch-expressiver Solidarität«.

(2) Die Zuerkennung der vollen Staatsbürgerschaft mit ihren politischen Beteiligungsrechten und sozialen Sicherheitsgarantien bildet zumindest eine analytische Schnittmenge mit der Kategorie der politischen Solidarität (allerdings auch mit der sozio-moralischen Solidarität), die garantierte Inklusion voraussetzt und daraus Rechte und Loyalitäten ableitbar macht.

(3) Ein drittes Kategorienpaar bilden »Takt« und »sozio-moralische Solidarität«; beide Male geht es um die ritualisierte Darstellung wechselseitiger Anerkennung der Mitglieder und ihrer moralischen Integrität im Rahmen einer kollektiven Identität, die nicht auf persönliche Intimität gegründet ist.

(4) Schließlich korrespondieren »soziale Wertschätzung« (die aus den individuellen Beiträgen zur materiellen und symbolischen »Wertschöpfung« erwächst) und »instrumentelle Solidarität« (in der individuelles Leistungsvermögen mit Kooperations- und Loyalitätsbereitschaft kombiniert sind).

14 Brillante Ausführungen zum Takt finden sich bei Plessner (1981). In einer luziden formalen Analyse des Solidaritätskonzepts macht Enskat (1991) »Respekt« zu einem Kernelement dieses Begriffs.

II. Spezifizierende analytische Dimensionen und Forschungsfragen

Die hier aufgedeckten partiellen Kongruenzen (die natürlich genauer untersucht werden müßten) verdienen vor allem deshalb Interesse, weil Baum und Honneth ihre Konzeptionen aus völlig unterschiedlichen Theorie-Traditionen herleiten. Dieser Tatbestand läßt vermuten, daß hiermit Kernelemente einer noch zu entwickelnden, empirisch gehaltvollen Solidaritätstheorie vorliegen, die nicht nur Funktionen, sondern auch kausalstrukturelle Bedingungen der verschiedenen Formen solidarischen Verhaltens erhellen sollte.

Der nächste Abschnitt beschäftigt sich mit der funktionalen Relevanz dreier Merkmalsdimensionen (Formen der Zugehörigkeit, normative Generalisierungen und Austauschbeziehungen), die traditionellerweise in Definitionen von Solidarität eingearbeitet worden sind. Meine Darstellung bleibt selektiv; es ist nicht beabsichtigt, einen Survey der einschlägigen Forschungsliteratur zu liefern.

II. Spezifizierende analytische Dimensionen und Forschungsfragen

1. Formen der Zugehörigkeit

Die meisten Sozialwissenschaftler gehen davon aus, daß es ein menschliches Grundbedürfnis sei, sich anderen Menschen „zugehörig“ zu fühlen, daß ohne solche Zugehörigkeiten persönliche Identitäten nicht stabilisierbar seien. Sie betrachten außerdem das auf Gemeinsamkeiten gründende Zusammengehörigkeitsgefühl und die darin verwurzelte Sympathie bzw. Empathie als die entscheidenden motivationalen Grundlagen für das solidarische Verhalten der einzelnen Mitglieder untereinander und für den Zusammenhalt der Gruppe. Daß die Wahrnehmung von Ähnlichkeiten bzw. Gemeinsamkeiten die Empathiefähigkeit fördert, ist durch die psychologische Altruismusforschung gut belegt (cf. Bierhoff 1980: 36). Aber wie kommen Menschen im Zeitalter ausgeprägter Individualisierung und der vielzitierten Pluralisierung der Lebensstile dazu, solidaritätsstiftende Gemeinsamkeiten zu sehen oder zu konstruieren; mit welchen anderen Individuen fühlen sie sich verbunden, welchen Gruppen zugehörig? Nationale Repräsentativerhebungen liefern einige Informationen über formale Mitgliedschaften in bestimmten Gruppen und Organisationen wie politische Parteien, Kirchen und religiöse Vereinigungen, Gewerkschaften und Vereine. Darüber hinaus ist aus einer Vielzahl von Studien bekannt, daß freigewählte Mitgliedschaften und Engagements das Selbstwertgefühl der Mitglieder erhöhen, Apathie und Entfremdungserfahrungen mindern (cf.